Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Juli/August 2010 *60. Jahrgang, Nr. 693/4*

Ob Wulff oder Gauck, die Erwartungen an den neuen Bundespräsidenten sind sehr hoch

SED-Opfer erinnern den neuen Bundespräsidenten an die noch bestehenden Lücken bei der Wiedergutmachung der Haftschäden

D*er* Wahlverlauf war spannend und der Ausgang am Ende dann doch eindeutig. Manch einer aus den Reihen der SED-Opfer hatte sich insgeheim freilich erhofft, dass durch ein Wunder vielleicht ein anderes Ergebnis erzielt werden würde, als es die CDU geplant hatte. Denn wäre der frühere Pfarrer und Diktatur-Gegner, der spätere Vorreiter bei der Bewahrung und Auswertung der Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Joachim Gauck, zum nächsten Bundespräsidenten gewählt worden, so hätte es keinen Zweifel an der unmittelbaren Thematisierung der Aufarbeitung des SED-Regimes gegeben, die Opfer aus SBZ und DDR hätten ihre berechtigten Ansprüche vorgetragen.

Dass es nicht so gekommen ist, stärkt vor allem der Bundeskanzlerin den Rücken, in deren Regierungskabinett zuletzt sehr viel Unruhe gewesen ist. Diese Unruhe jedoch ist auch ein Grund, dass das Thema Verbesserung der Leistungen für ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte der SED-Diktatur mittlerweile weit in den Hintergrund gerückt ist.

Dies soll nicht heißen, wir würden Herrn Wulff ablehnen. Im Gegenteil, Christian Wulff war in seinem Amt als Ministerpräsident Niedersachsens durchaus ein Ansprechpartner für die ehemaligen politischen Häftlinge des kommunistischen Regimes. Die Erwartungen an ihn sind daher nicht minder inhaltsreich und umfassend.

Die VOS hat in den letzten Jahren ihre Bemühungen um die Unterstützung verschiedener Opfergruppen der sozialistischen Gesellschaft verstärkt. Neben den ehemaligen Häftlingen und deren Angehörigen, die den eigentlichen Stamm des Verbandes bilden, rücken nun auch zunehmend Psychiatrie- und Missbrauchsopfer in den Mittelpunkt der Bemühungen. Ebenso unterstützt der Verband jene DDR-Opfer, die sich vor Gericht mit ihren früheren Peinigern auseinandersetzen müssen. Dauerthemen bleiben jedoch vor allem die gerechte Gewährung der Besonderen Zuwendung (Opferrente) wie auch die problemlose Anerkennung von Gesundheitsschäden infolge der Haftzeit. Auch Verbesserungen bei der Berechnung der Altersrente sind unerlässlich.

Bei der Durchsetzung der genannten Anliegen ist die Fürsprache eines politischen Repräsentanten alle mal sehr hilfreich. Der Bundespräsident wäre demnach ein wichtiger Ansprechpartner. Einladungen an die Vertreter der Opferverbände durch das Staatsoberhaupt in das Schloss Bellevue haben eine lange Tradition. Nicht zuletzt hat sich auch Horst Köhler um einzelne DDR-Opfer bemüht, eine Einladung an die VOS oder eine Würdigung anlässlich des

sechzigjährigen Bestehens des ältesten deutschen Opferverbandes sind allerdings ausgeblieben. Dabei gab es genug positive Beispiele wie sie in etwa Richard von Weizsäcker mit seinem Empfang oder Johannes Rau mit seinem Grußwort zur 50-Jahr-Feier der VOS gegeben haben.

Die VOS steht nach wie vor als kompetenter Ansprechpartner bereit, wenn es darum geht, über sinnvolle Lösungen, die auch den finanziellen Rahmen des Staatshaushaltes nicht sprengen, zu sprechen. Ebenso kann sich die VOS an der würdigen Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Ereignisse beteiligen. Dies wäre in Anbetracht der im nächsten Jahr am 13. August anstehenden 50-jährigen Wiederkehr des Mauerbaus ein greifbares Angebot.

Blicken wir zurück auf die Gedenkfeiern und Aktionen zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes, so hätten wir für 2011 ein wichtiges Projekt, das per Sonderbriefmarke und durch thematisch geprägte Poster (wie in obiger Abbildung) eine informative Aufwertung erfahren könnte. *A. R.*

Ich möchte meinen Redaktionsartikel für diese Doppelausgabe mit einer sicher nicht ganz üblichen Situationsbeschreibung beginnen: Es ist Hochsommer, ich sitze mit dem Notebook unter dem Sonnenschirm auf der Terrasse, ein kühles Getränk neben mir und freue mich auf die Woche Urlaub, die ich in wenigen Tagen genießen werde. Gerade in diesen Wochen, da viele von uns ganz fürchterlich über die heißen Tage dieses Sommers stöhnen, denke ich daran, wie es früher war, als es die DDR noch gab. Vor dreißig oder fünfundzwanzig Jahren.

Es war eine Zeit, die ich mir nicht zurückwünsche und von der ich keineswegs behaupten könnte: „Es war ja nicht alles schlecht, sondern vieles war sogar besser.“ Und mit meinem Widerspruch zu der Behauptung „Nicht alles war schlecht“ meine ich nicht allein die politische Situation, die durch Meinungszwang, Stasi-Überwachung und persönliche Unfreiheit gekennzeichnet waren.

Mir geht es in diesem Fall um das Konsumtionsangebot, das in den Zeiten von Hitzeperioden eklatante Mängel bei der Bereitstellung von alkoholfreien Getränken offenbarte. Wenn man die Getränkestützpunkte oder die Kaufhallen betrat, schlug einem stickige Luft entgegen. Die Regale und Kisten waren leer. Fragte man die Verkäuferinnen nach einer möglichen nächsten Lieferung, so gab diese eine pampige Antwort oder tippte sich gegen die Stirn.

Mit den Reisemöglichkeiten war es noch bescheidener. Hochsommer und natürlich kein Ferienplatz an der Ostsee. Und wenn doch, dann herrschte Massenabfertigung in riesigen Gewerkschaftsheimen, oder man musste sich mit einem engen Fleckchen auf dem Camping-Platz begnügen und den Anti-Luxus von Holzlatrinen und dürftiger Waschgelegenheit in Anspruch nehmen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Ich könnte mit Schilderungen dieser Art mühelos die restlichen 23 Seiten dieser Fg ausfüllen. Doch ich denke, das Erinnerungsvermögen der Leserinnen und Leser, die ja überwiegend aus dem selbst so hoch erpriesenen Paradies der sozialen und wohlstandsmäßigen Superlative ausreisen durften oder mussten, wird noch über genügend eigene skurrile Schätze verfügen.

Vielmehr soll darauf hingewiesen werden, dass es heute besser ist als damals. Und zwar in allen Belangen. Die Konsumtionsmöglichkeiten sind erwiesenermaßen fast unbegrenzt. Inwieweit man sie nutzt, hängt nunmehr vom Geldbeutel ab. Für die Reisefreiheit trifft das Gleiche zu. Man weiß mittlerweile, dass insonderheit die Bewohner der neuen Bundesländer zu den eifrigsten Nutzern der Reiseangebote in alle Teile der Welt zählen. Selbst in Südafrika, wo kürzlich die Fußballweltmeisterschaft stattfand, waren sie präsent und haben unsere Nationalmannschaft hervorragend angefeuert. Man stelle sich vor, die DDR hätte in diesem Sommer noch existiert und kaum jemandem wäre die Erlaubnis zum Reisen erteilt worden. Tragik und Unzufriedenheit wären nicht zu überbieten gewesen.

Nun denn, die DDR existiert nicht mehr, nur noch in den Köpfen der Zurückgebliebenen und in immer mehr ausgegrabenen von Scheinheiligkeit triefenden Fernsehserien. Leider, möchte man seufzen. Doch zugleich sei damit an die Unentbehrlichkeit weiterer intensiver Zeitzeugenaktivitäten erinnert. Auf die kommt es auch in Zukunft an.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

PS: Für alle, die Südafrika nicht erleben konnten, hier ein Kiosk mit den lautstarken Vuvuzelas

Gedenken an die vielen Opfer der Mauer

49 Jahre liegt die Errichtung der Mauer, im SED-Jargon „Antifaschistischer Schutzwall“ genannt, am 13. August zurück. Bevor im nächsten Jahr der zu erwartende Medienansturm auf die noch lebenden Zeitzeugen einsetzt, gilt es auch dieses Mal das Gedenken an die Toten sowie über die vielen unmenschlichen Maßnahmen wach zu halten. Und nun, da gerade ein neuer Bundespräsident im Amt ist, wäre auch die Frage zu stellen, ob durch die Initiativen der VOS anlässlich des 50-jährigen Rückblicks vielleicht eine Sonderbriefmarke auf den Weg zu bringen wäre. Genügend geschichtliche Bedeutung dürfte diesem Anlass zukommen.

In dieser Ausgabe:

Zeitzeugen berichten:

Aufstand im Zuchthaus Bautzen

Ein Fortsetzungsbericht nach den geschichtlich authentischen Begebenheiten und den wahrhaft beteiligten Opfern und Tätern

Von Heinz Unruh, Seite 6 bis 9

Titelseite: **Bundespräsident Christian Wulff – auch mit Engagement für die DDR-Opfer?**

***Redaktionsthema*:**
Ein aufschlussreicher Rückblick auf die Konsumtionsqualen in der DDR 2

Der Dreizehnte August
Im nächsten Jahr jährt sich der Mauerbau zum fünfzigsten Mal 2

Mal staunen, dann wieder erschrecken
Ein Besuch des Mauermuseums in Pforzheim 4

Alles nach demokratischen Regeln und trotzdem hoch spannend
Die Wahlprozedur des Bundespräsidenten 5

Ein Thema, von dem sonst keiner reden will
VOS nimmt sich weiterhin des Themas Psychiatrie-Opfer der DDR 6

Die Gutachter kommen offenbar von einem anderen Stern
Rehabilitierung ohne Geschichtskenntnisse 7

Opferrente: Bitte auch an die Hinterbliebenen denken

Brüsewitz, Havemann und Janka
Endlich ist das Opferdenkmal eingeweiht; gibt es trotzdem weiteren Diskussionsbedarf? 11

Keine Zusammenarbeit auf dieser Basis
Bautzen-Komitee bleibt konsequent 13

Nicht nur die Statistik ist gut
Zeitzeugentätigkeit in Potsdam ausgebaut 13

BStU in Potsdamer Lindenstraße 13

Der in Stein gehauene Götzenkult
Auf dem Londoner Highgate Cemetery befindet sich das Grab von Karl Marx 14

Politischer Akt oder Sachbeschädigung?
Nachts wurden in Berlin an vielen Autos die Deutschland-Fahnen gekappt 15

Dissident im Herzen des Kommunismus
Regimekritischer Sowjet-Soldat in Potsdam 16

50.000 Vergewaltigungen und vieles mehr
Ein Rückblick auf den Umgang der „Friedensbringer“ mit der deutschen Bevölkerung 17

Die Einheit von Parteisoldat und Schriftsteller
Sachlicher Nachruf auf einen SED-Literaten 18

Als die Ärzte die DDR verließen
Eine interessante Episode aus Prenzlau 19

Die Wahl zwischen Hitler und Stalin
Die Offenbarung linker Denkweisen 21

Vorwürfe konnten ausgeräumt werden
Über ein informatives Zusammentreffen 22

VOS warnt vor Verharmlosung
Presseerklärung zum Urteil des Leipziger Verwaltungsgerichts 23

Glückwunsch beinhaltet auch Erwartungen
VOS gratuliert neuem Bundespräsidenten 23

Die Wahrheit und die Lächerlichkeit
Was Beobachtung und Bespitzelung durch Geheimdienste wirklich bedeuten 23

Im April noch auf der Generalversammlung
Kamerad Ernst H. Ebert erlag seinem Leiden 18

- Termine, Sprichwort, Zitate 13, 20
- Berichtigung 16
- Verstorbene, Nachruf 23, 24
- Impressum, Mitteilungen 24

Weiterhin spendenfreudige Kameradinnen und Kameraden

Wilfriede Weigel, Rudolf Ziegler, Renate Schulze, Christa und Werner Dickert, Fritz Schaarschmidt, Helmut Graf, Olaf Arndt, Gerd Ahnert, Bernhard Spretka, Werner Modes, Margarete und Albin Lichy, Arno Bertmann, Helga Hundertmark, Rainer Buchwald, Helmut Günther, Heinz-Dietrich Gäbel, Peter Schneeweiß, Gisela und Waldemar John, Horst Müller, Gerhard Beins, Christian G. Ebert, Margarete Voigt, Harry Roth, Erhard Auraß, Karl-Heinz Porzig, Brigitte und Otto Walter, Werner Friedrich.

Keine extrem (!) hohen Renten für exemplarische SED-Treue

VOS-Bundesvorstand begrüßt Gerichtsentscheidung zu DDR-Ministerrenten

Pressemitteilung zum Redaktionsschluss.
Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus hat den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes begrüßt, wonach DDR-Regierungsmitglieder keinen Anspruch auf hohe Zusatzrenten haben. Endlich sei höchstrichterlich festgestellt worden, dass die Träger der Diktatur rentenrechtlich nicht bevorteilt werden.

Ronald Lässig, stellvertretender Bundesvorsitzender, erklärt: *„Der Beschluss aus Karlsruhe ist eine wegweisende Entscheidung zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Gerade die SED-Opfer, die nicht selten jeden Cent umdrehen müssen, empfinden die Entscheidung als Schritt in die richtige Richtung. Die Verfassungsrichter senden das Signal aus, dass die politische Anpassung in der DDR keine zusätzliche Rentenzahlung des demokratischen Rechtsstaates zur Folge haben kann.“*

Damit scheiterten die Klagen eines ehemaligen DDR-Ministers und eines Stellvertreters. Sie waren der Ansicht, bei ihren Rentenkürzungen handele es sich um „Rentenstrafrecht“. Die Verfassungsrichter wiesen dies nun zurück. Mit den Kürzungen werde nicht ihr früheres Verhalten in der DDR bestraft, sondern „die Fortschreibung von Vorteilen aus dem System der DDR“ beendet. Zudem lägen die den Klägern verbleibenden Renten „immer noch erheblich über der Durchschnittsrente eines früheren Bürgers der DDR“.

Um alles genau zu sehen, bräuchte es mehrere Stunden

VOS-Bezirksgruppe Mannheim besucht des DDR-Museum in Pforzheim

Nachdem alle Details über unseren Ausflug ins „DDR-Museum gegen das Vergessen“ abgestimmt sind, rollen wir Anfang Juni mit zwei voll besetzten PKW auf der Autobahn `gen Pforzheim. Dass wir dafür den kirchlichen Feiertag (Fronleichnam) genutzt haben, stellt sich als Vorteil heraus, nicht nur auf der Autobahn, sondern vor allem in der Pforzheimer Innenstadt. Schnell haben wir diese durchquert und schlendern, nun der Dinge harrend, vor dem Berliner Mauerteil und dem bronzenen Wachsoldaten herum…

Doch schon kommt die erwartete Kameradin – unsere agile Landesvorsitzende Gisela Lotz – schnellen Schrittes herbeigelaufen. Während wir dann im Gang des Obergeschosses erstaunt schon mal einige Dinge, so auch sozialistische Losungen, betrachten, hat sie im Versammlungsraum im Handumdrehen den Tisch gedeckt und ein „knackiges“ Frühstück darauf gezaubert, wohlgemerkt, ein ganz freiwilliges Angebot ihrerseits!

Kameradin Lotz sowie weitere Mitglieder des Vereins „Gegen das Vergessen“ e. V. machen Interessierte und Schulklassen bereits seit vielen Jahren mit den Hintergründen und Inhalten des Museums vertraut. Museumsgründer Kamerad Klaus Knabe, Beisitzer im Verein, kommt besonders gern in das Gebäude auf dem Gelände der ursprünglich französischen Siedlung, wenn er weiß, dass sich ehemalige politische Gefangene aus der DDR angemeldet haben. So auch an diesem Vormittag.

Lösen Alltagsartikel wie Waschmittel, Zigaretten oder Alkohol – einige sind namentlich ja auch heute im Umlauf – noch den bekannten Aha-Effekt aus, so bleibt dieser schnell im Halse stecken, wenn man plötzlich vor einigen Machtinstrumenten der Stasi sowie Teilen einer Grenzanlage, Waffen, Uniformen oder in einem mit Originalstücken eingerichteten Verhörraum, in einer ebenso original nachbildeten Untersuchungshaftzelle sowie vor Original-Zellentüren aus verschiedenen DDR-Zuchthäusern steht.

Ein ähnliches Gefühl hatte der Verfasser nur, als er sich bei Einsicht in seine Stasi-Unterlagen hin und wieder über die Primitivität der Stasi wundern musste, ihm aber im nächsten Augenblick der Schauer den Rücken hinunter lief.

Während der Führung greift Klaus Knabe immer wieder Gedanken zu einer noch präziseren Darstellung einzelner Bereiche und Hervorhebung wichtiger Details auf, was wir in Anbetracht der Vielfalt und Menge des Materials durchaus nachvollziehen können.

Dabei fehlt es in den übersichtlich gestalteten Vitrinen durchaus nicht an ausführlichen Gegenstandsbeschreibungen sowie Erklärungen der geschichtlichen Zusammenhänge.

Man benötigte tatsächlich die gesamte Öffnungszeit eines Sonntagvormittags (11.00 bis 15.00 Uhr; für Gruppen auch außerhalb der Öffnungszeiten, Infos unter Tel.: 07231 4243340 oder email: pforzheim-ddr-museum@online.de), will man alles genauer anschauen und vor allem lesen.

Respekt vor dieser geschichtsträchtigen Sammlung und vor Kamerad Knabe, der diese in den 1990er Jahren so vehement und ganz bestimmt mit großem Aufwand zusammengestellt hat! Respekt aber auch vor dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Becker, der die Errichtung eines solchen Museums als notwendig erkannte und finanziell unterstützte sowie viele Steine aus dem Weg räumen half. Das Stuttgarter Kultusministerium und die Stiftung Aufarbeitung in Berlin stellten damals ebenfalls finanzielle Mittel bereit.

Für die Qualität dieses Museums spricht auch, dass es nach wie vor viele Besucher sehen wollen. Besonders erwähnenswert ist, dass sich immer wieder Schulklassen zu einer Führung anmelden. In den vergangenen Jahren, so Kameradin Lotz, kamen ca. 600 Klassen nach Pforzheim. Das ginge natürlich nicht ohne die Unterstützung von engagierten Lehrkräften.

Das Anliegen Klaus Knabes, für zukünftige Generationen den dauerhaften Erhalt des Museums sichern zu wollen, ist mehr als selbstverständlich. Umso bedauerlicher ist es, dass ihm weitere Fördermittel des Landes immer wieder verweigert werden. Grundvoraussetzung für mehr Akzeptanz und Toleranz der Menschen in West und Ost ist doch, dass sie ihre Vergangenheit gegenseitig anerkennen und respektieren!

Volkmar Christner

Anmerkung: Nach wie vor ist der Besuch des Museums mehr als ein Geheimtipp. Klaus Knabe (Foto: Vierter von links) und Gisela Lotz (Dritte von rechts) organisieren die Führungen nach Absprache. Als sinnvolle Gegenleistung empfiehlt sich eine Spende, die dem Museum immer gut tut.

Mit auf dem Foto auch Kamerad Joachim Kögel (ganz links).

Spannend wie ein Krimi, den man selber miterlebt

Kamerad Bernd Müller-Kaller schildert seine Eindrücke von der Wahl des Bundespräsidenten, die er „live“ mitverfolgen konnte

Spannend ging es bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten zu. Während viele von uns das Geschehen am Bildschirm verfolgten, gehörte Bernd Müller-Kaller zu denen, die vor Ort waren. Lesen Sie nachstehend seine Eindrücke und seinen Kommentar.

„Wahl-Krimi“ titelte bereits die Bildzeitung am Vortag ihren Leitartikel. So war es auch, aber das ahnte ich noch nicht, als ich am Morgen das Reichstagsgebäude betrat. Schon durch die unzähligen angereisten Medien lag eine außergewöhnliche Spannung in der Luft.

Bundespräsident Lammert wies in seiner Eröffnungsansprache anfangs auf die mit diesem Amt verbundenen Verpflichtungen und Erwartungen hin, wobei er das ausgleichende und einende Wirken des Bundespräsidenten in der sonstigen Parteienzerstrittenheit besonders hervorhob. Die Spannung löste er von Zeit zu Zeit mit erheiternden Anmerkungen auf - etwa über die Monarchie.

Nähe beobachten und mit diesem und jenem auch mal kurz reden konnte.

Nach der ersten Wahlrunde war klar, dass es äußerst schwierig wird. In der Pause wurden viele Interviews gegeben, von den jungen Generalsekretären bis zu den Alterspräsidenten wie Genscher und Späth, von Claudia Roth bis Wolfgang Bosbach. Bosbach etwa, sagte nach dem ersten Wahlgang: „Ich bin auch überrascht, dass das nicht geklappt hat – und er sprach prophetisch: „Noch haben wir eine Chance.“

Claudia Roth äußerte in der Pause, dass sie das Bundespräsidentenamt immer als ein parteiübergreifendes Amt verstanden habe. Sehr schön! Wenigstens mal keine Rücktrittsforderungen, die wir häufig von ihr gewöhnt sind.

Nach dem zweiten unentschiedenen Wahlgang war klar, es würde noch weitergehen und der Ausgang war immer noch ungewiss: 615 Stimmen für Wulff, 490 für Gauck, 123 für die Linken-Kandidatin, 3 für die Freien Wähler, 7 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme.

Der Reichstag, in dessen Räumen die Wahl des Bundespräsidenten ausgetragen wurde

Allerdings ermahnte er auch einen Zwischenrufer mit ernsthafter Härte. Unter anderem führte er aus, dass manche auch heute noch nicht den Rücktritt von Horst Köhler verstehen könnten, aber das Grundgesetz böte die Möglichkeit einen neuen Bundespräsidenten ohne größere Umstände zu wählen. Mit Recht habe aber Horst Köhler Achtung und Respekt vor dem Amt gefordert.

Für mich war insbesondere der letzte Teil der Ansprache bedeutungsvoll – mit dem Hinweis darauf, dass schwierige Zeiten vor uns liegen – mit dem Bezug auf 20 Jahre Wirtschafts- und Währungsunion und Friedliche Revolution. Nur das habe die Einheit und Freiheit unseres deutschen Vaterlandes und die Wahl eines Bundespräsidenten für ganz Deutschland erst möglich gemacht.

Nach der Eröffnungsansprache Lammerts begann der oben erwähnte „Wahl-Krimi“. Für mich persönlich insoweit interessant, weil man den parlamentarischen Ablauf und seine Gepflogenheiten aus unmittelbarer

Inzwischen sollte das Mittagessen eingenommen werden, es wurde aber bis zum Schluss nicht freigegeben. Das Küchenpersonal stand vor den Töpfen, die Küchenchefs rannten aufgeregt umher. Einer sagte zu mir: „Nach sechs Stunden warmhalten schmeckt das nicht mehr.“ Schließlich wurde nach dem dritten Wahlgang am späten Abend die Wahl doch noch entschieden. Die Wahl des Bundespräsidenten nahm meines Erachtens einen fairen Verlauf. Doch wer hat gewonnen und wer verloren?

Joachim Gauck hat nicht verloren. Im Gegenteil, er hat an Popularität und Beliebtheit gewonnen. Und das ist viel. Sicher, Joachim Gauck wäre uns näher gewesen, ohne Zweifel. Mit Hilfe der Stimmen der Linken hätte er die Wahl sogar gewinnen können. Aber hätten wir das gewollt? Hätte Joachim Gauck das gewollt? Ich glaube, nein. Und auch die Linke wollte das nicht, wie wir gesehen haben. *Bernd Müller-Kaller*

Die Brutalität der Macht – Mit Gummiknüppeln gegen Wehrlose

Die gnadenlose Niederschlagung des Aufstandes im KZ Bautzen vor 60 Jahren

In der vorletzen Fg-Ausgabe veröffentlichten wir den ersten Teil des Zeitzeugenberichtes unseres Kameraden Heinz Unruh über die Hintergründe und die Anfänge des Aufstandes der verzweifelten Häftlinge im KZ Bautzen vor 60 Jahren. In der Fortsetzung berichtet Heinz Unruh über die Niederschlagung und die unrühmliche Rolle des Wachpersonals, allen voran der bis heute berüchtigte Hauptmann Hundeschulze, der wie im Blutrausch auf die bereits zusammengeschlagenen menschlichen Ruinen einprügelte. Heinz Unruh beruft sich dabei größtenteils auf die Schilderung eines jüdischen Mithäftlings namens Samuel, der den Widerstand mitinitiiert hatte und den man mit besonderer Härte malträtierte.

Auch Gevatter Tod gab keine Ruhe, das Sterben im Lager ging weiter, täglich wurden die ermordeten Kameraden zum Karnickelberg gekarrt. Samuel erzählte mir, dass die toten Kameraden nackend auf den Schinderkarren geworfen wurden. Der Karren, das war ein Anhänger, auf dem sinnigerweise geschrieben stand: „Nie soll eine Mutter ihren Sohn beweinen“.

Ja, die Kommunisten hatten noch Humor …

Die Aktion der Verzweifelten: „Wir rufen das Rote Kreuz!“

Der Hungerstreik ging seinem Höhepunkt entgegen, ich hörte mit Entsetzen die Schilderungen meiner Haftkameraden. Wieder wurden die vollen Kübel in den Saal geschleppt, die Wächter ließen die Kübel bewusst im Saal stehen, in der Hoffnung, der Hunger und der Geruch würden einige Kameraden weich machen. Wieder tauchten ihre sogenannten Offiziere auf und erklärten, wenn der Streik beendet wird, können wir uns über Änderungen unterhalten. Schweigend ließen die kranken Häftlinge im Saal 1 die Tiraden der Anführer über sich ergehen. Aus den oberen Sälen im Haus 1 mit dem Blick auf die Stadt Bautzen kamen nun die Bettlaken zum Einsatz. Auf denen stand in großen Lettern „Wir rufen das rote Kreuz – Wir sind unschuldig – Wir fordern Demokratie – Wo bleibt die UNO?".

Als Höhepunkt dieser Aktion begannen Tausende von Häftlingen, diese Parolen aus den geöffneten Fenstern zu schreien. Man sah Hunderte von Passanten, die auf der Straße standen und ungläubig zum Lager schauten. Für die meisten waren wir auf Grund kommunistischer Propaganda wirkliche Verbrecher.

Die Gegenmaßnahmen der Lagerleitung wurden immer hektischer, die Wachposten auf den Türmen hinter dem elektrischen Zaun richteten drohend ihre Maschinenwaffen auf das Lager.

Dann erschienen mit ihren deutschen „HiWis“ sowjetische Offiziere, die sich das Geschrei der Häftlinge anhören mussten. Natürlich suchten diese „Edeldemokraten“ keine Verbindung zu den Häftlingen, die von ihnen unschuldig zu hohen Strafen verurteilt waren.

Wahrscheinlich bekamen die deutschen Büttel von ihren Lehrherren Anweisungen, wie man solch einen aufrührerischen Zustand bereinigen konnte.

Nun, die GPU (sowjetischer Geheimdienst) oder jetzt die NKWD (Innenministerium) hatten ja ausreichende Erfahrung im Umgang mit den „Feinden des Sozialismus‘“.

Die Berichte der Kameraden waren eindrucksvoll, namentlich Samuel schilderte mir die Ereignisse im Haus 3, in den Sälen 1 und 2.

Die Sowjetoffiziere verschwanden, die Ereignisse überschlugen sich.

Nachdem die roten Sowjetoffiziere ihre deutschen „HiWis“ verlassen hatten, überschlugen sich die Ereignisse. Als die Kübelträger ihre Last abgestellt hatten, kippten erregte Häftlinge die Holzkübel mit dem Hungeressen um. Die dünne Suppe lief in Bächen aus dem Saal. Das Gleiche geschah auch in anderen Sälen. Nun war die Geduld unserer Sklavenhalter am Ende, es rollten LKW mit aufgesessenen „Volkspolizisten“ in das Lager. Die Anführer ließen ihre Büttel mit gezogenen Pistolen von den Fahrzeugen springen, die dann mit grimmigen Gesichtern in die einzelnen Häuser des Lagers rannten.

Solch eine Hundertschaft stürmte auch auf Haus 3 zu. Samuel, der vom Fenster aus den Anmarsch dieser Knüppelgarde meldete, sagte mir, die anstürmende Meute sah in ihren dunkelblauen Uniformen von Weitem wie eine Horde von SS-Leuten aus der Vorkriegszeit aus.

Sie sahen das Unheil kommen.

Es waren junge wohlgenährte „Volkspolizisten“, die mit gezogenen Gummiknüppeln auf das Haus 3 zustürmten. Die Kameraden im Saal sahen das Unheil kommen. Sie brüllten den anstürmenden Parolen entgegen, die keine Wirkung zeigten. Auf der Treppe zum Eingang des Hauses 3 stand der berüchtigte Hauptmann Hundeschulze. In der Hand einen überlangen Gummiknüppel - sein Schäferhund stand bei Fuß - und wartete wie die KZ-Büttel auf den Einsatz gegen Kranke und hungernde Häftlinge.

Samuel erzählte mit stockender Stimme die folgenden, unmenschlichen Vorgänge: Das Schreien der kranken Häftlinge schwoll zum Orkan an. Sie hatten die Fenster geöffnet und ihre Rufe nach Menschlichkeit zeigte bei dem zum Sturm angetretenen „Volkspolizisten“ keine Wirkung. Sie warteten voller Ungeduld auf den Befehl, diese „Verbrecher“ zu bestrafen.

Dann schien der Zeitpunkt gekommen, langsam rückte die dunkelblaue menschliche Mauer auf den Eingang von Haus 3 vor. Der Sanitätswachtmeister Marschner schloss dieser gierigen Meute das Tor auf, der Sanitäter stand erregt vor Hauptmann Hundeschulze und versuchte ihm zu erklären, dass in beiden Sälen und in den Zellen zum Teil todkranke Häftlinge lägen.

Der bullige Hauptmann, behängt mit einigen Blechorden, schob den leicht protestierenden Weißkittel ärgerlich zur Seite und befahl seinen Schlägern: Knüppel frei.

Die Hundertschaft stürmte das Tbc-Haus, ein Teil von ihnen jagte hoch zum Saal 2, ein anderer Teil stürmte zum Zellenflügel. Hauptmann Hundeschulze riss die Saaltür auf und stand breitbeinig im Eingang von Saal 1. Er brüllte: „Weg von den Fenstern und Aufstellung im Mittelgang!“

Das Schreien der Kranken nahm kein Ende, sie standen weiter am Fenster und riefen angstvoll ihre Parolen hinaus. Hauptmann Hundeschulze befahl seinen Schergen, die Häftlinge von dort zu vertreiben. Mit wütenden Gesichtern schlugen diese auf die Kranken ein und trieben sie zum Mittelgang. Einige fielen sofort um, andere versuchten sich zu wehren, dazu erklang das Schreien von Hauptmann Hundeschulze, der durch das Bellen seines Hundes noch weiter aufgepeitscht wurde.

Mit wuchtigen Schlägen wurden die Kranken zum Mittelgang getrieben, die Fenster wurden geschlossen, und die kranken Häftlinge wurden zu einem Haufen am Ende des Mittelganges zusammengetrieben. Mit hasserfüllten Augen starrten die jungen Schläger auf die Kranken, die zum Teil blutüberströmt am Boden lagen. Sie wollten sich wahrscheinlich vor den Augen ihres Vorgesetzten auszeichnen.

Hauptmann Hundeschulze hetzte seinen Hund auf die Kranken

Die Kranken, die noch auf den Pritschen lagen, wurden von dort mit gnadenlosen Schlägen heruntergeprügelt und zum Saalende getrieben. Mit sich überschlagender Stimme forderte Hauptmann Hundeschulze schreiend: „Schlagt diese Faschistenbande zusammen! Keine Gnade für diese Verbrecher!“

Die Prügelorgie nahm ihren Fortgang. Jene Kranken, die versucht hatten, sich unter den Pritschen zu verstecken, wurden von Schulzes zähnefletschendem Hund aus ihren Verstecken gejagt. Der Hauptmann hetzte seinen abgerichteten Hund gezielt auf die kranken Häftlinge. Im Saal war ein furchtbarer Krach entstanden, das Gleiche hörte man aus Saal 2, der über uns lag.

Das Brüllen der Schläger, das wütende Hundegebell, dazu das Wimmern und Schreien der Kranken erfüllten das gesamte Gebäude. Gnadenlos schlugen die Wärter auf die Kranken ein. Die gebrüllten Befehle von Hauptmann Hundeschulze hatten die kranken Häftlinge am Ende des Saales zusammengepfercht.

Der Anführer dieser unmenschlichen Aktion, Hauptmann Hundeschulze, stand mit wutverzerrtem Gesicht im Mittelgang und befahl seinen Schergen, sich links und rechts des Ganges aufzustellen. Die Augen von Hauptmann Hundeschulze suchten gierig die Rädelsführer der Hungerrevolte.

Hauptmann Hundeschulze: „Bastard, Judenschwein, Judenbengel!“

Er musste gewusst haben, dass Werner Fronober, Oswald Kaduk, Klaus Benzing und unser Kamerad Samuel zu den Organisatoren der Revolte gehörten.

Der lange Fronober mit seinen zwei Metern Körpergröße war nicht zu übersehen, nur der junge Samuel war nicht auffindbar. Hauptmann Hundeschulze befahl seinen Schergen, *diesen Verbrecher* zu suchen.

Sein dickes, wohlgenährtes Gesicht war vor Wut und Aufregung rot angelaufen, er brüllte immer noch mit sich überschlagender Stimme: „Wo ist dieses Judenschwein, sucht diesen Kerl, der mit Faschisten paktiert.“ Dabei schaute er mit seinen tückischen Augen in die Runde. Er suchte sein Opfer. Sein abgerichteter Schäferhund hechelte inzwischen unter den Pritschen entlang, um den jungen Samuel endlich aufzuspüren.

Ein lautes Gebell zeigte an, dass er Samuel schließlich aufgespürt hatte. Wieder brüllte Hauptmann Hundeschulze: „Dieser Judenbengel wird dafür büßen.“

Immer nur die Gummiknüppel

Am ganzen Körper zitternd stand der junge Jude Samuel vor dem sadistischen Hauptmann. Dieser Edeldemokrat schlug plötzlich mit einer wahren Wollust auf den Kranken Samuel ein. Seine gezielten Schläge wurden von einer furchtbar gemeinen Äußerung begleitet: „Man hat vergessen, dich zu vergasen!“ Dann folgten Beschimpfungen wie „Du Bastard“…

Hauptmann Hundeschulze hatte alles um sich vergessen, sein überlanger Gummiknüppel schlug noch auf Samuel ein, als dieser schon wimmernd am Boden lag.

Die Schlägerorgie im Saal war nicht mehr zu überbieten. Die Schreie der Geprügelten vermischten sich mit den Flüchen und dem Brüllen der Schergen. Samuel kroch blutend unter eine Pritsche.

Die jungen Schläger legten ihren ganzen Hass in den Spießrutenlauf

Hauptmann Hundeschulze lief nun zur Großform auf, er befahl seinen Sklavenhaltern, eine Gasse zu bilden, andere Schläger trieben die Gefangenen durch diese prügelnde Gasse. Es war das reine Spießrutenlaufen, die kranken Häftlinge hatten einige Meter hinter sich zu bringen, ehe sie durch die brutal zuschlagenden Wärter den Saaleingang erreichten.

Dieses unmenschliche Schauspiel wurde auf Befehl von Hauptmann Hundeschulze mehrmals wiederholt. Einige Kranke versuchten im Eilschritt die Gase zu überwinden, es nützte nichts, erbarmungslos, ohne jede menschliche Regung traten die Gummiknüppel in Aktion, die jungen Schläger legten ihren ganzen Hass in die tanzenden Knüppel. Werner Fronober jedoch ging aufrecht durch die Gasse der schreienden und prügelnden Wärter. Blut lief bereits über sein Gesicht, andere Häftlinge taumelten nur noch durch die Gasse, sie nahmen die Hiebe völlig wehrlos. Die Kriegsversehrten, denen man die Krücken abgenommen hatte, humpelten oder krochen wie halbtote Tiere durch die Reihen der unmenschlichen Meute.

Der Steinfußboden färbte sich rot, Hauptmann Hundeschulze schaute wieder suchend um sich. Brüllend verschaffte er sich Gehör und schrie mit schon heiserer Stimme: „Wo ist dieser verdammte Judenlümmel?“ Er befahl erneut, den jungen Samuel zu suchen, wobei er schrie: „Holt mir diesen Strolch, dieser Judenbengel ist schuld an diesen Maßnahmen.“ Dann, an die Kranken gewandt: „Hört auf zu wimmern, bedankt euch bei diesem Verbrecher!“

Wie von Bestien wurde die Prügelorgie weitergeführt

Eilfertige Büttel hatten Samuel alsbald wieder ausgemacht, sie schleiften den schon völlig Geschundenen zum Mittelgang, wo ihm Hauptmann Hundeschulze den Rest gab. Er und seine Schergen, die jegliche Menschlichkeit verloren hatten, ließen ihre Gummiknüppel auf Samuel’s gekrümmtem Rücken tanzen. Und Samuel konnte nicht mal mehr schreien.

Samuel erzählte weiter.

Die Lage war nicht zu beschreiben, das Stöhnen der Verwundeten, das heisere Brüllen von Hauptmann Hundeschulze, der breitbeinig in einer Blutlache stand und erregt zusah, wie seine Schergen auf die Kranken einschlugen.

Keiner der prügelnden Schergen merkte, wie die Saaltür aufging und Sanitätswachtmeister Marschner auf einmal im Saal stand. Seine weit aufgerissenen Augen zeigten sein Entsetzen über die Gewalttaten seiner Genossen. Marschner schrie auf Hauptmann Hundeschulze ein, der immer noch wie von Sinnen seinen Gummiknüppel gebrauchte. Die überlaute Stimme von Marschner sorgte zunächst für Gehör, er zeigte erregt auf die zusammengeschlagenen Häftlinge, sein Blick fiel auf Samuel, von dem er wusste, dass er als junger Jude in Ausschwitz interniert gewesen war.

Hundeschulze, Roter Terror und Konsorten

Die Namen der Knastaufseher sind in den 45 Jahren kommunistischer Zwangsherrschaft zu Legenden mit schaurigem Klang geworden. Ob jene extrem wild prügelnde Bestie mit dem Namen Hundeschulze, die in den Anfangsjahren der DDR im Zuchthaus Bautzen die Inhaftierten in Angst und Schrecken versetzte, ob später der als Roter Terror bekannt gewordene Häftlingsschinder von Cottbus, der nach der Wende von einem Gericht in Brandenburg selbst zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, oder ob die gefürchteten Graukittel vom Rollkommando im Zuchthaus Brandenburg, bei deren Erscheinen es den Häftlingen kalt über den Rücken lief. Wer die Haftanstalten des SED-Staates von innen kennen gelernt hat, der hat auch irgendwie und irgendwann mit ihren übelsten Diktatur-Vollstreckern Bekanntschaft gemacht. Wie man dem Bericht entnehmen kann, gehört jener Hauptmann Hundeschulze zu den übelsten Tätern der Haftgeschichte – nicht nur der des Sozialismus‘ - überhaupt. Indessen gibt es über ihn wenig auffindbares Faktenmaterial, wiewohl sich zahlreiche Bautzen-Häftlinge an den Mann in der blauen Uniform, an dessen Seite sich fast immer ein Schäferhund befand, erinnern.

Samuel kauerte am Boden, er versuchte seinen Kopf zu schützen. Doch Hundeschulze schlug weiter.

Er wirkte wie besessen. Dann schaute Hauptmann Hundeschulze auf den Sanitäter, der es wagte seinen Hauptmann zu kritisieren. Wir wissen nicht, was Marschner seinem Hauptmann gesagt hat. Der Sanitäter jedoch wankte mitgenommen von dem Gesehenen aus dem Saal, ändern konnte er hier nichts.

Hauptmann Hundeschulze stand wie erstarrt, eine unheimliche Ruhe trat ein, selbst das Stöhnen der Kranken und Geschlagenen ebbte ab. Die jungen KZ-Büttel hielten inne, sie schauten entgeistert auf ihr blutiges Werk. Es war so, als ob sie aus einem Albtraum erwachten, sie schauten wie benommen auf ihre mit Blut bespritzten Uniformen, sie sahen aus wie Schlächter, die aus dem Schlachthof kamen.

„Schade, dass man euch nicht vergasen kann."

Wie Roboter bewegten sich die Schläger zum Saalausgang. Als Letzter verließ Hauptmann Hundeschulze den Platz seines fragwürdigen Triumphes. Er ging wie ein Schlafwandler.

Samuel gab Hundeschulzes letzte Worte wieder: „Schade, dass man euch mitsamt dem Oberkapitalisten Adenauer nicht vergasen kann."

Krachend schlugen die Saaltüren zu, ein Albtraum ging zu Ende, die Büttel krochen schweigend auf ihre Fahrzeuge.

Unser Saalarzt Dr. Neumann war genauso mitgenommen wie die Kranken, sein weißer Arztkittel war mit Blut beschmiert, er gab aber sich alle Mühe, die verletzten Häftlinge zu behandeln.

Wie mir die Kameraden weiter berichteten, sollen sich im Haus 1 und 2 ähnliche Dinge abgespielt haben. Das Blut der geschlagenen Häftlinge floss aus den Sälen. Mitleidlos prügelten die roten Schergen auf die unterernährten Häftlinge ein, auch sie mussten durch die Gasse der KZ-Wächter laufen.

Das Los der Zellenhäftlinge war oft noch schlimmer. Hier stürzten vier bis fünf Wärter in die Zellen und schlugen ohne viele Worte zu verlieren, die dort einsitzenden Kameraden zusammen. Als Samuel, Werner Fronober und Klaus Benzing ihren Bericht beendet hatten, war ich wie benommen. Ich begann in den folgenden Tagen die Berichte von Samuel, Werner Fronober und Klaus Benzing aufzuschreiben, der Saalälteste Kaduk besorgte mir die Utensilien.

Die Zellenhäftlinge waren fast noch schlimmer dran

Die Berichte wurden in einer Eisensäule versteckt, die bereits Berichte wie Totenlisten und andere wichtige Daten aufgenommen hatte.

Nach diesem mutigen Aufstand änderte sich nichts, die Lagerleitung ging einfach zur Tagesordnung über, und die überführten Rädelsführer wurden mit Karzerstrafen belegt. Erstaunlicherweise geschah mit den Kranken im Haus 3, die als Organisatoren ausgemacht waren, nichts. Sie wurden nicht bestraft.

Die sogenannte „freie Welt" wurde durch einige mutige Berichte in den Zeitungen aufgeschreckt, aber, das ging schnell und fast wirkungslos vorüber; es gab keinen gewaltigen Aufschrei, keine Lichterketten, keine Demonstration der Kirchen oder Gewerkschaften, die Demokraten schwiegen. Man wollte es sich mit dem Sowjetblock nicht verderben, die Geschäfte und das Verdienen waren wichtiger als die Sklaven im KZ-Lager Bautzen.

Wie schon gesagt, im Lager gab es nach dem Aufstand keine grundlegenden Veränderungen, das Essen blieb weiter schlecht, es schien als wollte man die Häftlinge für ihren Widerstand bestrafen.

Alles wurde gar noch schlechter, die Behandlung durch unsere Wächter wurde noch strenger, für sie, waren wir Unrat, sie behandelten uns wie Schwerverbrecher.

Sie brüsteten sich sogar, besser zu sein als die SS, und sie betonten immer wieder, sie hätten mit uns kein Mitleid, wir wären nur Schmarotzer und unnötige Esser. Sie prägten für uns ein neues Schimpfwort, demnach waren wir für sie jetzt die „Schumacherfaschisten".

Ja, die deutschen Kommunisten hatten gute Lernmeister, und bald übertrafen sie ihre sowjetischen Freunde. Wie hieß es doch: Von den sowjetischen Freunden lernen – und besser werden.

Nein, sie waren besser.

Unsere Gespräche über diesen Hungeraufstand rissen nicht ab, ich muss gestehen, meine Bewunderung galt diesen mutigen Kameraden, die es gewagt hatten, sich gegen diese Sklavenhalter aufzulehnen.

Auch möchte ich an Werner Fronober, Klaus Benzing und an den jungen Juden Samuel erinnern, die sich mutig für ihre Kameraden einsetzten. Auch Kurt Hanjohr, der als Essenträger dazu beitrug, dass dieser Aufstand zustande kam.

Samuel blieb später unauffindbar

Mit Werner Fronober und Klaus Benzing konnte ich später nach unserer Entlassung über diese Aktion ausgiebig sprechen. Von Samuel hörte ich nichts mehr. Ich weiß nur, dass im Spätherbst 1950 ein uns fremder Offizier den Saal betrat, er rief den Saalältesten und fragte nach Samuel. Samuel wurde gerufen und ging zu dem fremden Offizier, er hatte den Rang eines Oberleutnants. Wir traten hinzu und hörten, wie der Fremde sagte: „Strafgefangener, packen sie ihre Sachen."

Natürlich stellten wir dem Fremden die Frage: „Was haben Sie mit dem Kameraden vor!" Mit einer barschen Erwiderung versuchte er uns auf unsere Pritschen zu scheuchen. Während Samuel seine Habseligkeiten zusammensuchte und wir uns von ihm verabschieden wollten, verhinderte der fremde Offizier jegliche Verabschiedung. Samuel wurde förmlich aus dem Saal gedrängt, und wir konnten vom Fenster aus sehen, wie er, der Offizier und zwei Wärter Samuel zum Haus 1 brachten. Von diesem Zeitpunkt an haben wir nichts mehr von Samuel gehört.

Später, nach meiner Entlassung, habe ich versucht über das Rote Kreuz etwas über den Verbleib des Kameraden Samuel zu erfahren. Doch es gab keinen Hinweis auf seine Person. *Heinz Unruh*

Die VOS dankt Heinz Unruh für die konsequente Aufarbeitung.

VOS verstärkt ihren Einsatz für Psychiatrie-Opfer der DDR

Lothar Tiedtke von Koß aus Stralsund kontaktiert Bundesgeschäftsstelle

Einen Besuch bei meinem Therapeuten in Berlin, habe ich für einen Beratungs- und Informationsbesuch bei der VOS genutzt. Ein etwa zweistündiges Gespräch mit den Kameraden vor Ort hat mir geholfen, meinen Kampf gegen das Tabuthema „Missbrauch in der DDR-Psychiatrie“ fortzusetzen. Hier konnte ich auch ein Schreiben des Landesamtes für Gesundheit und Soziales vorlegen. Dieses Schreiben unterstreicht eindrucksvoll, welche Hürden den Psychiatrieopfern der DDR aufgebürdet werden.

Psychiatrie-„Behandlung“ in der DDR: Elektroschock, Fixierung unter dem „Netz-Bett“ Psychopharmaka und regelmäßig angewandter Brutalität.

Es ist an der Zeit, dass man die Opfer nicht mehr in Klassen und Kategorien einteilt. Opfer müssen endlich gleichberechtigt behandelt werden und nicht wie im Gesetzentwurf vom 17. Juni abermals festgeschrieben!

Es verwundert auch nicht, dass die Psychiatrieopfer besonders benachteiligt werden. Die ihnen zustehenden Entschädigungen sind enorm. Die Behandlungen in den Forensischen Psychiatrie-Anstalten, wo politisch Eingewiesene mit Elektroschock, Fixierung unter dem „Netz-Bett“ Psychopharmaka und regelmäßig angewandter Brutalität „behandelt“ wurden.

Die Folgeschäden sind endlos, und die Psychiatrie-Opfer können die Ungleichbehandlung nicht verstehen. Auch diese begangenen Verbrechen müssen an die Öffentlichkeit! Dabei gibt es genügend Augenzeugen für den flächendeckenden Psychiatriemissbrauch. Wann gibt es ein Umdenken bei der Rehabilitierung dieser Personengruppe?

Die Lobby der ehemaligen Stasi-Ärzte ist enorm. Sie sind teilweise nahtlos ins Bundesdeutsche Gesundheitswesen übernommen worden und haben unbehelligt bis zu ihrer Pension weiter arbeiten können.

Wo bleibt hier die Gerechtigkeit? Das Grundgesetz wird völlig ausgehebelt! Durch meine Seite im Netz: **http://ddr-psychiatrie-mfs.blogspot.com/** hat es einen regen Erfahrungsaustausch dieser Opfergruppe gegeben. *Lothar Tiedtke von Koß*

Kamerad Lothar (links) besucht die VOS-Bundesgeschäftsstelle. Im Hintergrund die Gedächtniskirche und das Bürogebäude mit dem Bayer-Symbol.

Rehabilitationsanträge und Gutachten

Ein anhaltendes Dilemma

Der Kommentar

Übernommen und „ganz normal“ in das Gesundheits- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik eingegliedert wurden neben fast allen Angestellten des Justizwesens (einschließlich der Haftrichter) auch die Ärzte der DDR-Haftanstalten. Die von ihnen an den Insassen praktizierten unmenschlichen Methoden, die denen in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches nicht unähnlich waren, werden bei der Bearbeitung von Rehabilitationsanträgen poltischer Häftlinge ungeprüft zur Grundlage bei der Erstellung von Gutachten gemacht. Auf die Einwände der Opfer und die versuchte Geltendmachung der damaligen Umstände wird in etwa geantwortet: „Hier ist aber nichts dokumentiert.“ Oder es heißt: „Wie soll man denn nach dreißig Jahren feststellen, dass ein inzwischen aufgetretener Gesundheitsschaden aus der Haft resultiert?“ Besonders eklatant ist der Mangel an fehlender Kenntnis der politischen und der Haftsituation in den DDR-Gefängnissen und den Zuchthäusern und natürlich auch der psychiatrischen Anstalten. Die meist hochbezahlten Gutachter sind nicht annähernd informiert, wie eine Zelle in der MfS- Untersuchungshaftanstalt beschaffen war, sie kennen keine Tagesabläufe und ihnen fehlt die Vorstellung von den psychischen Zwängen, denen die Häftlinge in den Anstalten ausgesetzt waren. Manche vermögen nicht einmal zwischen U-Haft und Vollzug zu unterscheiden. Dringend erforderlich wäre es, dass alle Gutachter mit der Besichtigung von Stasi-Gefängnissen beauflagt würden und man mit ihnen entsprechende Schulungen über die Haft durchführte. Die VOS könnte hier mit hoher Kompetenz sowohl organisatorisch wie auch inhaltlich behilflich sein. Immerhin lässt man auch bei Fußballspielen keine Schiedsrichter zu, ohne ihnen vor dem Einsatz ein ausreichendes Sachwissen zu vermitteln. *Tom Haltern*

Ausgegrenzte DDR-Opfer: Einige erfasst, andere nicht

Das Jenaer Denkmal für DDR-Verfolgte wurde am 17. Juni eingeweiht. Einige Fragen bleiben.

Die Einweihung des Denkmals für die SED-Opfer am 17. Juni 2010 in Jena hat eine unglückliche Vorgeschichte, die schon sieben Jahre früher begonnen hat! Damals hatte, zum 50. Jahrestag des Volksaufstands, in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität am Fürstengraben in Jena eine wissenschaftliche Tagung mit Zeitzeugen stattgefunden, an welcher nicht nur des am 18. Juni erschossenen Schlossers Alfred Diener (1927-1953) gedacht worden war, sondern auch des anwesenden Streikführers Walter Scheler (1923-2008), der 2003 zum Ehrenbürger ernannt werden sollte.

Auch unser einstiger Mithäftling Karl Heinz Johannsmeier, bis 1955 Feinmechaniker beim VEB Zeiss in Jena, war unter den Gästen gewesen, beim Empfang durch den Oberbürgermeister am Abend des 17. Juni stand er neben mir. Fünf Jahre zuvor war sein Buch erschienen „Neun Leben sind nicht genug. Mein Weg vom Stasi-Häftling zum Erfolgsunternehmer in Silicon Valley“ (1998), worin er von seinen drei Jahren Zuchthaus in Torgau und Waldheim berichtet hat und von seinem beispiellosen Aufstieg zum Millionär in den Vereinigten Staaten.

Karl Heinz Johannsmeier ist 1926 geboren und fuhr 1955, das war damals noch möglich, mit dem Motorrad von Jena nach Frankfurt am Main, wobei er auf dem Rückweg unglücklicherweise zum „Schwindelkurs“ eingetauschte Westmark mitführte. Er wurde verhaftet und von der „Staatssicherheit“ zur Mitarbeit erpresst. Zum Schein war er darauf eingegangen, bereitete, während seine Braut schon in Westberlin angekommen war, seine „Republikflucht“ vor und kaufte dummerweise vorher in der Ostberliner Stalin-Allee ein Fernglas der Firma Zeiss, wobei er seinen DDR-Ausweis vorlegen musste. Er wurde verhaftet, zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt und 1958 entlassen. Zwei Jahre nach seiner Flucht aus dem SED-Staat wanderte er, inzwischen 34 Jahre alt, in die Vereinigten Staaten aus.

Jahrzehnte später, im Dezember 2001, erhielt der inzwischen reich gewordene Jenaer in Kalifornien einen Brief aus Deutschland, für ihn läge die Haftentschädigung von 18.600 Mark bereit, eine Summe, der er nicht bedurfte und die er zur Errichtung eines Denkmals „Den Opfern der kommunistischen Diktatur“ in seiner thüringischen Heimatstadt Jena bestimmte. Dazu freilich sollte es nie kommen, denn der spendenfreudige Ex-Häftling im amerikanischen Ausland hatte nicht mit den politischen Wirrköpfen im Jenaer Stadtrat gerechnet. Die nun, allen voran Prof. Dr. Volkhard Knigge (1954), seit 2007 Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, zerredeten das Projekt und warfen, man kann es in Briefen an die „Ostthüringer Zeitung“ nachlesen, Karl Heinz Johannsmeier allen Ernstes vor, durch den Kauf eines Fernglases 1955 „kriminell“ geworden zu sein („Optikschmuggel“), worauf der 2004 sein Angebot zurückzog.

Nachdem einige Jahre ins Land gegangen und das großzügige Angebot des nach Kalifornien ausgewanderten Jenaers fast vergessen waren, schrieb die Stadt Jena einen Wettbewerb für einen Denkmalsentwurf aus, den die Weimarer Künstlerin Sybille Mania gewann. Das in Beton gegossene Denkmal für die Opfer der Gewaltherrschaft in Mitteldeutschland 1945/89, das aus 266 braunen, grauen, roten, schwarzen Kartons mit Stasi-Akten besteht, wurde am 17. Juni 2010 eingeweiht. Es steht auf einer Wiese vor dem inzwischen abgerissenen Gebäude, in dem bis 1989/90 die Kreisdienststelle des „Ministeriums für Staatssicherheit“ untergebracht war. Die Anschrift „Gerbergasse 18“ ist inzwischen auf die Zeitschrift der „Geschichtswerkstatt Jena“ übergegangen.

Unter den Rednern am noch verhüllten Denkmal waren am Vormittag des 17. Juni auch Volkhard Knigge, der 1992/94 an der Universität Jena Assistent des Linkshistorikers Lutz Niethammer (der neuerdings der Geschichtswerkstatt „Antikommunismus“ vorwirft!) gewesen war, und der die von der Stadt Jena eingeleitete Diskussion mit den Bürgern über den Denkmalsentwurf „mehr als vorbildlich“ nannte (was immer das sein mag!) und unser Mithäftling Roland Jahn,

Das Denkmal in Jena

Eine Anmerkung

Als vor neun Jahren die Diskussion um ein Denkmal für ehemalige politische Häftlinge der DDR entstand, das durch Karl Heinz Johannsmeier gestiftet werden sollte, der selbst in der DDR inhaftiert war, bezog auch die VOS Position. Dies kann man in den damaligen Fg-Ausgaben nachlesen. Es herrschte seitens der VOS-Mitglieder fast einstimmige Zustimmung. In Jena jedoch, wo das Denkmal seinen Platz bekommen sollte, gab es indessen zunehmend ablehnende Stimmen. Man kann entsprechende Meinungsäußerungen im Internet (z. B. unter www.Jenanews) nachlesen, deren Tenor vor allem zum Ausdruck bringt, dass man sich die geschichtliche Leistung des Sturmes auf die hiesige Stasi-Zentrale nicht durch ein externes Sponsoring streitig machen lassen wollte.

B. Thonn

Gefärbte Betonsegmente der Thüringer Künstler Sibylle Mania und Martin Neubert als Denkmal für Verfolgte aus SBZ und DDR. (Ausschnitt, Foto: Internet) **→ *S. 12***

Fortsetzung von S. 11

1953 in Jena geboren, ein unerschrockener Bürgerrechtler, der am 8. Juni 1983 von der „Staatssicherheit“ im Interzonenzug Berlin-München angekettet und dadurch nach Bayern zwangsausgesiedelt worden war, wonach ihm die fränkische Universitätsstadt Erlangen, Jenas Partnerstadt seit 1987, jedes Gespräch verweigert hatte.

Das lag auf derselben Ebene wie die Begegnung zwischen den beiden miteinander befreundeten Exilschriftstellern Leonhard Frank (1882-1961) und Alfred Kantorowicz (1899-1979) im Herbst 1957 in München. Während der DDR-Sympathisant Leonhard Frank von den üppigen Tantiemen lebte, die er aus Ostberlin für die Veröffentlichung seiner Gesammelten Werke überwiesen bekam, hatte Alfred Kantorowicz mit dem Kommunismus gebrochen und war am 20. August 1957 nach Westberlin geflohen, um der Verhaftung zu entgehen, worauf ihm Leonhard Frank wenige Wochen später in München den Handschlag verweigerte!

Auch die Namen von Rudolf Bahro, Oskar Brüsewitz, Robert Havemann und Walter Janka sind auf dem Denkmal festgehalten.

Roland Jahns Name als politisch denkender und handelnder Mensch ist mit vollem Recht auf diesem Denkmal verzeichnet wie der des Jenaer Facharbeiters Matthias Domaschk (1957-1981), der am 12. April 1981 im Untersuchungsgefängnis der „Staatssicherheit“ in der Bezirksstadt Gera umgebracht worden war. Unbedingt zu nennen waren auch der Schriftsteller Jürgen Fuchs (1950-1999), der in Jena Psychologie studiert hatte und als Freund des „Liedermachers“ Wolf Biermann am 19. November 1976 in Ostberlin verhaftet worden war; oder der des Leipziger Druckerlehrlings Baldur Haase, 1939 im Sudetenland geboren und heute in Jena lebend, der 1958 in Erfurt einen westdeutschen Arbeiter aus dem Ruhrgebiet kennen gelernt hatte, der ihm George Orwells kommunismus-kritischen Roman „1984“ aus dem Jahr 1949 zugeschickt hatte. Dafür war er mit mehr als drei Jahren Zuchthaus in Waldheim bestraft worden. In seinem Erlebnisbericht „Briefe, die ins Zuchthaus führten“ (2003) hat er davon berichtet.

Das alles sind ehrenwerte Leute, derer man gedenken sollte, weil sie, wie der Zeissianer Walter Scheler, Jahre ihres Lebens für den Einsatz gegen die SED-Diktatur opferten. Freilich vermisst man dann auch einige Namen, wenn man die Liste derer studiert, die auf dem Denkmal genannt sind. Die Träger dieser getilgten oder von vornherein und mit Bedacht nicht aufgeführten Namen sind aber in gleicher Weise politisch verfolgt und in Zuchthäuser weggesperrt worden, die aber offensichtlich nicht mehr in die politische Landschaft des Jahres 2010 passen. Das Beispiel des Jenaer Philosophieprofessors Günter Albrecht Zehm ist hier besonders bezeichnend. Er ist 1933 in Crimmitschau/Sachsen geboren und war 1952/56 Student bei Ernst Bloch (1885-1977) in Leipzig. Nachdem seinem akademischem Lehrer 1957 die Lehrbefugnis entzogen worden war, wurde Günter Zehm als Assistent an die Universität Jena zwangsversetzt und dort am 5. Juni 1957 verhaftet. Nach dreieinhalb Jahren aus dem Zuchthaus Waldheim/Sachsen entlassen, floh er, noch vor dem Mauerbau 1961, nach Westberlin, wurde Kulturredakteur bei der Springer-Zeitung „Welt“ und 1993 Philosophieprofessor in Jena. Sein eiserner, durch nichts zu erschütternder Antikommunismus hat nun dafür gesorgt, dass sein Name auf dem Denkmal nicht erscheinen darf.

Andere Oppositionelle, die mit Jena überhaupt nichts zu tun haben, auch sie alle ehrenwerte Leute, sind sehr wohl verzeichnet. Nun fragt man sich, wie diese Opferliste, auf der absichtlich einige Namen nicht aufgenommen worden waren, entstanden ist. In einem von Henning Pietzsch, dem Leiter der „Geschichtswerkstatt“, in der Zeitschrift „Gerbergasse 18“ veröffentlichten Artikel kann man nachlesen, dass Jörg Vogel vom Kulturausschuss der Stadt Jena behauptet hat, „eine Arbeitsgruppe hätte sich mehrfach zu jenen Daten beraten“. Gemeint sind die auf dem Denkmal verschwiegenen Namen. Henning Pietzsch („einseitige Wahrnehmungen“) bestritt diesen Vorgang und erklärte: „Eine Arbeitsgruppe, an der die Geschichtswerkstatt direkt beteiligt war, gab es nicht, lediglich zwei Gesprächstermine mit den Künstlern in den Räumen der Geschichtswerkstatt. Unsere kritischen Hinweise zu Daten und Personen wurden in der Folge nicht berücksichtigt.“ Hier sei, so Henning Pietzsch, bei der Beschriftung des Denkmals der „Weg des geringsten Widerstandes“ beschritten worden: „Abgesehen davon, dass lebende Zeitzeugen namentlich benannt und damit herausgestellt werden, andere noch lebende Zeitzeugen dagegen nicht benannt werden … Eine befriedigende Antwort über die Auswahlkriterien wird es wohl nicht geben.“

Das Denkmal für DDR-Verfolgte in Jena *soll der Erinnerung an die vielen politisch Verfolgten, Inhaftierten und Opfer der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1989 dienen und besteht aus einer mannshohen Installation von 266 gefärbten Betonsegmenten der Thüringer Künstlerin Sibylle Mania, die mit ihrem Werk als Siegerin aus einem Wettbewerb mit zahlreichen Bewerbern hervorgegangen ist. Die Betonteile symbolisieren aufgestapelt jene Aktenbehälter, in denen die Verfolgung und Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger der DDR vergegenständlicht wurde. Bei der Aufnahme von Namen der Widerständler und Opfer wurde zunächst diskutiert, ob es angebracht ist, auch die Namen von noch lebenden Personen festzuhalten.*

Oberbürgermeister Albrecht Schröter wiederum, um Vermittlung und Frieden in seiner Stadt bemüht, meinte nichtssagend: „Ein Denkmal, dass keine Diskussionen auslöst, wäre kein gutes Denkmal.“

Nachmittags im „Volkshaus“ sprachen die Zeitzeugen Helmut Schlönvoigt, Klaus und Siegfried Hobrack. Wenn man deren Schicksale kennt (Klaus Hobrack wurde auf Betreiben seines Onkels, der in der SED-Kreisleitung saß, verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er am 17. Juni die Glocken der Stadtkirche geläutet hat!) kann man über den Jenaer Opferstreit nur den Kopf schütteln!

Dr. Jörg Bernhard Bilke, Coburg

Keine Mitarbeit in Gremium mit ehemaligem SED-Funktionär

Bautzen-Komitee positioniert sich nachhaltig bei Personalvorschlägen für Stiftungsrat

Pressemitteilung. Das Bautzen-Komitee verurteilt auf das schärfste die Nominierung von Volker Hölzer für den Stiftungsbeirat der sächsischen Gedenkstätten durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten. Wie berichtet wird, leitete Volker Hölzer von 1983 bis 1989 die Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Leipzig, die in einem Argumentationspapier vom Oktober 1989 noch DDR-Oppositionelle als „Ratten" bezeichnete, die „aus ihren Löchern kriechen".

Für die politischen Häftlinge der DDR, die auch durch die SED in Bautzen eingesperrt waren und von denen über 3.000 in Massengräbern hinter dem Gefängnis verscharrt liegen, ist diese Nominierung eine ungeheuerliche Beleidigung.

Auch 20 Jahre nach dem Ende der DDR-Diktatur und unzähligen Veröffentlichungen über sie ist die Erkenntnis über deren verbrecherischen Unrechtscharakter bei der VVN anscheinend noch immer nicht angekommen.

Das Bautzen-Komitee wird zu keiner Zeit in einem Gremium mitarbeiten, in dem ein Mitverantwortlicher der SED-Diktatur tätig ist und schließt sich damit dem Protest anderer Opferverbände an. *Der Vorstand*

Informationen über das Bautzen-Komitee im Internet unter: http://www.bautzen-komitee.de

Neue Sprechzeiten der BStU in Potsdamer Lindenstraße

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) teilt mit, dass die Potsdamer Bürgerberatung der Stasi-Unterlagen-Behörde zu neuen Zeiten in renovierten und nun endgültigen Räumen innerhalb der Lindenstraße 54 in Potsdam umgezogen ist.

Die heutige Gedenkstätte war von 1939 bis 1989 Gefängnis für politische Häftlinge. Mit dem Umzug einher gehen neue Sprechzeiten, in denen Bürgerinnen und Bürger Anträge auf persönliche Akteneinsicht stellen und weiterführende Auskünfte zu diesem Thema erhalten können.

Die Sprechzeiten sind ab 13. Juli 2010 **künftig:**

an jedem zweiten und vierten Dienstag im Monat

von 10 bis 18 Uhr und

von 10 bis 18 Uhr

in der Gedenkstätte Lindenstraße 54

Die Lindenstraße befindet sich im Zentrum von Potsdam. Im ehemaligen Stasi-Knast bieten sich ein Besichtigungstermin (auch mit Führung) und der Kauf der hier ausliegenden Bücher ehemaliger Häftlinge an.

Zeitzeugentätigkeit hat auch in Potsdam zugenommen

Projektwerkstatt „Lindenstraße 54", Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, Potsdam

Mit guten Ergebnissen schließt die Projektwerkstatt der Potsdamer Lindenstraße das abgelaufene Unterrichtsjahr 2009/2010 ab.

Die verantwortliche Betreuerin Frau Catrin Eich, die sich nun schon mehrere Jahre um eine erfolgreiche Entwicklung sowohl bei der Vermittlung von authentischem Geschichtsstoff durch Zeitzeugen an Schulklassen und andere Gruppen bei wie auch bei der Einbeziehung weiterer Kräfte bemüht, weist in ihrer Jahresbilanz folgende Daten auf:

I. Anzahl der Veranstaltungen

1. **betreute Gruppen in der Projektwerkstatt**: **163** (darunter befinden sich Schüler, Auszubildende, Studenten, Referendare, Lehrer)

Herkunft:

Stadt Potsdam: 59
Land Brandenburg: 83
andere Bundesländer: 16 (Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg)
Ausland: 5 (Schweiz, Niederlande, Frankreich, USA)

2. **Zeitzeugengespräche: 169**
- in Schulen: 60
- in der Projektwerkstatt: 109

3. **Lehrerfortbildungen**: 5

II. Anzahl der Teilnehmer

1. bei Projekttagen in der Gedenkstätte: 3554
2. bei Zeitzeugengesprächen in der Gedenkstätte: 1867
3. bei Zeitzeugengesprächen in Schulen: 1662
4. bei Lehrer-FB: 30

Betreuung von Praktikanten:
3 (2 Schüler, 1 Studentin)

Kooperation mit: MBJS (Ministerium Bildung, Jugend, Sport), RAA, Potsdam-Museum, ZZF, HBPG, Treffpunkt Freizeit, Filmmuseum Potsdam, Flick-Stiftung, Landtag, Staatskanzlei, Zeitzeugenbörse, Zeitpfeil e.V., BStU, Landesbeauftragte Brandenburg, Verein zur Förderung der Projektwerkstatt e.V.

Bei Interesse an Zeitzeugenarbeit oder bei Bedarf an Informationen besteht die Möglichkeit, sich an die Gedenkstättenlehrerin Catrin Eich direkt zu wenden. Telefon: 0331/ 2015714, Email-Adresse, projektwerkstatt-lindenstrasse@web.de.

Schon gewusst? Das Verhalten des SED-Politbüros im Herbst 1989 und jenes der heutigen Partei Die Linke lassen sich trefflich mit einem **chinesischen Sprichwort** beschreiben:

Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen errichten Windmühlen.

Der Magnetismus des steinernen Kopfes und die steinernen Ansichten

Das Grabmal von Karl Marx auf dem Londoner Highgate Friedhof lockt die Touristen an

Was wäre die Welt ohne Marx? Hätte es ohne den Philosophen und Kapitalismus-Forscher keinen Kommunismus gegeben? Wären Lenin oder Mao dann unbekannte, einfache, wirkungslose Leute geworden, und hätte die Welt dann auch keine Diktatoren wie Hitler oder Stalin erlebt?

Es ist müßig, solche Fragen zu stellen. Es hat Marx gegeben, seine vielen Aufsätze, Artikel, seine Bücher, die – gemeinsam mit den Schriften des Manufaktur-Kapitalisten Friedrich Engels – die stattliche Zahl von 24 Bänden umfassen. Und nicht zuletzt weil es die sogenannte Sammlung MEW – Marx-Engels-Werke – gibt, ist dieser Marx keineswegs tot, sondern lebt er in den Gedanken und Lebensanschauungen nicht mal weniger Zeitgenossen weiter. Bei uns in Deutschland und in vielen anderen Ländern der Erde.

Und natürlich lebt er nicht nur in den Gedanken, sondern wurde er vergegenständlicht. Noch und noch wurden kantige Büsten in Stein getrieben, Fotos mit seinem fürchterlich revolutionären Konterfei gerahmt und in jedweder Partei-Spelunke angebracht, Fahnen mit seinem markant gestalteten Profil wurden geschwenkt und zwar ensembliert mit Engels, Lenin, aber auch mit Stalin oder mit Mao.

Und natürlich: Ungezählt jene unverwüstlichen Benamungen, mit denen man zu Zeiten des Sozialismus‘ sich selbst und dem bärtigen Irrwisch zweifelhafte Ehre anzutun meinte. Die Karl-Marx-Werke, die Karl-Marx-Straßen, der Karl-Marx-Orden. Ein Götzenkult, der angesichts der gewohnheitsmäßigen Intensität seines Gebrauchs schon niemandem in den sozialistischen Parteizentralen mehr peinlich war.

Seit 1990 wurde die zum absurden Kult gewordene Anbetung gestoppt. Obschon oft widerwillig akzeptiert, mussten die meisten der steinernen Kolosse weichen, verschwanden die Fotos, Parolen und die Fahnen sowieso aus dem Bild der Öffentlichkeit.

Dennoch gibt es gegen solche Bereinigungen auch immer wieder Widerstand. So wird heuer vor allem vehement protestiert, wenn es um die Tilgung der Marx-Straßen geht. Wo immer sich ein Kommunismus-Verdrossener aufrafft, die Beibehaltung des Straßennamens Karl Marx anzuprangern, erstehen prompt hinreichend viele Gegenstimmen, um die Beibehaltung desselben zu fordern. Marx gehört zu unserer Vergangenheit, heißt es; und das soll zugleich aussagen: Er soll auch unsere Zukunft sein, wenn er die Gegenwart schon nicht mehr bestimmen kann.

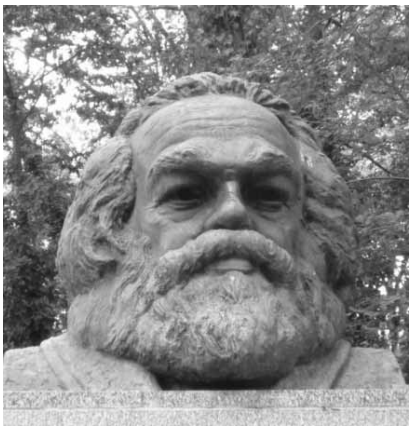
Was an steinerner Nachbildung geblieben ist und gewiss bleiben wird, lässt sich insbesondere in London auf dem Friedhof erkunden, und zwar auf dem Ostflügel des Highgate Cemetery, den man nach einer nicht ganz problemlosen Tour mit der U-Bahn, dem Bus und zuletzt zu Fuß erreicht.

Auf dem Highgate Cemetery befinden sich die sterblichen Überreste des großen Denkers, hier erwartet den Besucher jener riesige „Stein-Nüschel“, wie wir ihn beispielsweise in Chemnitz sahen, das einstmals als Stadt gar den Namen des Karl Marx trug.

Karl Marx, der lange in London gelebt hat, wurde auf dem hiesigen Friedhof am 17. März 1883 bestattet. Der zunächst eher unbedeutend gewählte Platz wurde 1954 auf Geheiß britischer Kommunisten geändert. Marx sollte sichtbarer und würdiger beigesetzt werden.

Man brachte die Gebeine dorthin, wo wir sie heute noch finden und wohin mittlerweile zahlreiche Touristinnen und Touristen strömen. Beigesetzt am selben Platz sind auch Marx' Ehefrau Jenny (geborene von Westphalen) und Tochter Eleanor. Das Grab von Marx wird in allen wichtigen Reiseführern genannt, es ist auf dem Friedhof ausgeschildert. Und es ist auf diesem Friedhof die Attraktion schlechthin, mögen die Briten auch heute noch so konservativ wie zu Marx' Lebzeiten sein und so etwas wie Kommunismus oder Sozialismus für ihre Insel strikt ablehnen. Der Eintritt auf dem Friedhof ist noch erträglich, er beträgt in etwa 1,50 Euro, ebenso schlicht ist das Informationsmaterial. Einfache Faltblätter mit Lageplan und Aufzählung weiterer „Friedhof-Promis", deren Bekanntheit jedoch weit hinter der des berühmten Deutschen zurücksteht.

Das Grab selbst ist im Verhältnis zu den anderen Grabstätten pompös und auffällig, wenn auch nicht eben grandios. Es gleicht vor allem dem Stil, mit dem in der einstigen DDR die angebliche Unvergänglichkeit des Kommunismus-Begründers und seiner Werke dokumentiert wurde: zu Stein gewordene Unerbittlichkeit – im Denken wie auch im Handeln, immer mit dem Untersatz versehen: selbst denken und eigene Meinung bilden verboten. Passend zum Steinkopf der schwere Granit-



sockel, der die Kopfbüste trägt, und ebenso passend die Inschrift: Die Philosophen haben die Welt bisher nur unterschiedlich interpretiert, es kommt vielmehr darauf an, sie zu verändern – ein Zitat aus den Marx'schen Thesen über Ludwig Feuerbach.

Sollte man nicht hinzufügen, dass bislang sämtliche Modelle, die nach gesellschaftlichen Änderungen im Sinne dieses Zitats trachteten, missglückt sind und dass an den Händen so vieler selbst ernannter Marxisten Blut klebt? Oder wäre es besser, diese Weisheit in die Grabsteine von Lenin, Mao oder anderer Diktatoren zu meißeln?

Die Leute, die hier auftauchen, kommen aus unterschiedlichen Ländern. Manche legen am Fuß des Sockels Blumen ab. Rote Nelken, was sonst. Was die meisten Besucher eint, ist die sichtliche Inbrunst, mit der sie das Grab betrachten und den Marx'schen Leitsatz lesen. Sie stehen vor dem Areal, das wie ein schmuckes Gärtchen um den Granitsockel, auf dem der Steinkopf thront, und lesen die Inschriften mit andächtiger Miene. Es ist Ehrfurcht, die sie beim Anblick des von steinerner Mähne und Bart umrahmten finsteren Gesichts befallen. Es ist ein tiefgreifendes Gefühl für sie, hier gewesen zu sein. Weil sie Marx verehren, weil er für sie noch immer der großer Vordenker für eine freiere und menschliche Gesellschaftsform ist.

Fragt man die Leute dann, ob sie auch von dem Leid wissen, das der Kommunismus, der sich stets auf Marx beruft, über Generationen von Völkern gebracht hat, von den Gulags, den Todesurteilen gegen Unschuldige, von dem Hass, den er säte, so erntet man verständnislose, wenn nicht gar feindselige Blicke. Am Marxismus selbst hätten solche Erscheinungen nicht gelegen. Die Ideen des Marxismus' sind gut, nein, nicht nur gut, sondern genial. Die Lehren und Erkenntnisse von Marx sind nur falsch angewandt worden, heißt es. Gerade auf die heutige Zeit sind sie zutreffender denn je. Dass solche Äußerungen von Naivität und Oberflächlichkeit zeugen könnten, wollen die Besucher nicht hören. Wenn man sie nach den Inhalten der Marx'schen Schriften fragt, winken sie ab oder antworten mit Phrasen. Marx hatte die Idee, den Armen zu helfen, die linken Parteien sind dabei, dies durchzusetzen.

Man kann den Leuten nicht erklären, dass das nicht stimmt. Marx hat die Armen zutiefst verachtet. Für ihn zählte nur jenes reine Proletariat, das es heute gar nicht mehr gibt, als akzeptable Kraft. Das, was in Deutschland in den Hartz IV-Sektor fällt, sind bei ihm die Pauper. Er bezichtigt sie der Prinzipienlosigkeit. Die Parteien, die sich heute auf Marx berufen, sind daher wenig glaubwürdig. Entweder sie kennen seine Schriften nicht oder sie verfälschen sie bewusst.

Vielmehr meint man den alten anmaßenden Slogan zu hören, der einstmals auf großen Transparenten auf Fabriktoren und Fassaden prangte: Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.

Wer liest heutzutage überhaupt noch Marx? Und wer, wenn er ihn wirklich liest, will behaupten, dass er ihn versteht? So verschachtelt und umständlich sich der Mann in seinen Werken ausdrückt. Allein „Das Kapital" ist eine so schwere Kost, die man nicht mit einem einfachen Lesen verarbeiten kann.

Aber das ist der Trend: Links sein, Marxist sein – der Anstrich allein reicht schon. Und sei es, dass man ihn sich mit einem Besuch an der Grabstätte des Kommunismus-Begründers erbeutet. *B. Thonn*

Fahnenklau aus politischen Gründen?

Ganz Deutschland erlebte während der Sommerwochen eine euphorische Fußballzeit. Das frische Auftreten der deutschen Nationalmannschaft gab uns ein bisher meist verstecktes Gefühl von nationaler Stärke und Einheit. Man traf sich zum Public Viewing oder zu privaten Fernsehabenden, um in guter Stimmung Siege zu feiern. An den Autos, die einem auf der Straße begegneten, sah man vielfach die schwarzrotgoldene Flagge – ein harmloses Bekenntnis zur deutschen Nationalität.

Leider gab es auch Leute, denen der nationale Schmuck nicht passte. Sie zogen nachts durch die Straßen von Berlin und demontierten die Fahnen von den geparkten Autos. Es heißt, dies geschah aus politischen Gründen. Oder ist es einfach nur Sachbeschädigung oder Diebstahl? So wie einst in der DDR, als kritische Bürger bundesdeutsche Fahnen oder Freiheitsbekenntnisse auf Wände sprühten und anschließend wegen Sachbeschädigung ins Gefängnis wanderten? *H. D.*

Ein Schicksal, das auch für das von anderen Betroffenen steht

Ehemaliger sowjetischer Militärangehöriger und Dissident referiert vor Potsdamer Schulklasse

Über die Situation der einfachen Soldaten, die in den viereinhalb Jahrzehnten Moskauer Militärherrschafft in Ost- und Mitteleuropa in den vielen Kasernen stationiert waren, ist bisher wenig bekannt. Wenig weiß man auch über jene Soldaten, die dem Moskauer Partei-Regime kritisch und ablehnend gegenüberstanden und dies durch entsprechende Veröffentlichungen zu dokumentieren suchten. Zu ihnen gehört der Zeitzeuge Witold Abankin, der in den 1960er-Jahren versuchte, nach West-Berlin zu fliehen und dafür verhaftet und verurteilt wurde. Abankin war im Juni als Vortragender vor einer Potsdamer Schulklasse zu Gast und wusste Interessantes zu berichten.

25 Schülerinnen und Schüler der Voltaire-Gesamtschule in Potsdam erlebten am 16. Juni 2010 einen ganz besonderen Schultag: In der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße trafen sie mit Witold Abankin zusammen, der 1966 für mehrere Monate im Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Militärgeheimdienstes inhaftiert war.

Zusammen mit einem Kameraden hatte der heute 64-jährige Abankin als junger Rotarmist in der DDR versucht nach West-Berlin zu fliehen. Zuvor hatte ein Vorgesetzter seine regimekritischen Gedichte entdeckt. Von einem Militärtribunal wurde er wegen „versuchten Landesverrats“ zu zwölf Jahren Haft verurteilt, die er bis 1978 in zahlreichen Lagern und Gefängnissen in der Sowjetunion verbüßte.

Eindringlich berichtete der 1946 geborene Witold Abankin von seiner Kindheit und Jugend in der Sowjetunion. Während sein Onkel Anfang der 1950er-Jahre als stellvertretender Marineminister zur Führungselite des sowjetischen Militärs gehörte, verschwand seine Mutter kurz nach seiner Geburt, weil sie Flugblätter gegen Stalin verteilt hatte.

Schon als Schüler entwickelte Abankin eine regimekritische Einstellung. Nach der Haftentlassung arbeitete er in Rostow in einer Lederfabrik. Seit Ende der 1980er-Jahre wurde er durch sein Engagement für die Opfer von politischer Repression und Verfolgung in der Sowjetunion weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannt.

Der 2005 von Abankin gegründete Verein „Weg zum Recht“ unterstützt die Opfer und prangert Missstände im heutigen Justiz- und Strafvollzugsystem in seinem Land an. Außerdem setzt er sich in Gedichten und Prosa mit den Erfahrungen politischer Verfolgung auseinander und tritt als Sänger eigener Liedtexte auf.

Zeitzeuge Witold Abankin vor Potsdamer Schulklasse. Foto: Dr. Ines Reich

Witold Abankin ist nicht zum ersten Mal wieder in den weitgehend original erhaltenen Zellen des Untersuchungsgefängnisses in der Leistikowstraße. „Für mich ist es immer wieder sehr bewegend, an diesem Ort zu sein, der ersten Station meiner Haft in zahllosen sowjetischen Gefängnissen und Lagern“, sagt er. „Mit Schrecken erinnere ich mich an die Wochen, die ich hier in völliger Ungewissheit verbringen musste.“

Ihm ist es ein Herzensanliegen, jungen Menschen von seinen Erfahrungen zu berichten, damit sie den Wert von Freiheit und Demokratie schätzen lernen. „Mit großer Freude und Genugtuung sehe ich, dass hier eine moderne Gedenkstätte entsteht, die an unser Schicksal, das der sowjetischen Militärangehören, erinnert“, sagt Abankin.

Vor der Veranstaltung mit Witold Abankin haben Gedenkstättenleiterin Ines Reich und ihre Mitarbeiter ein ausführliches Interview mit dem Referenten geführt, das filmisch dokumentiert wurde. „Auszüge daraus sollen in der künftigen Dauerausstellung gezeigt werden“, erklärt Reich. „Leider konnten wir für die zeitlich längste Phase der Nutzung des Hauses als Untersuchungsgefängnis für sowjetische Militärangehörige in der DDR bisher nur wenig Zeitzeugen finden. Daher sind die Erinnerungen von Herrn Abankin für uns besonders wertvoll.“

Die Dauerausstellung soll Mitte 2011 eröffnet werden. Bis dahin kann die Gedenkstätte samstags und sonntags in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Rahmen stündlicher Führungen besichtigt werden. Mittwochs ist das Haus für Gruppen zugänglich (nach Anmeldung).

Dr. Ines Reich

BERICHTIGUNG

Falscher Stichtag in Beitrag in Fg 692 genannt

Ein Fehler ist in Fg 692, Seite 6 aufgetreten. Im Artikel unseres Kameraden Fritz Schaarschmidt „Fallen DDR-Opfer unter das Rentenüberleitungsgesetz?“ muss es im vierten Absatz (rechte Spalte) richtig heißen: Es betrifft hundertausende ehrlicher „Andersdenkender“ (Geburtsjahrgänge nach 1937), die vor einem künstlich erfundenen Stichtag ihren Wohnsitz in der **BRD** hatten. ***Stichtag nicht der 9.11.1989 - wäre richtig gewesen -, sondern der 18.05.1990 wurde gesetzt.***

In dem Text war versehentlich eine falsche Formulierung erschienen, die zu einer falschen Aussage führen würde. *A. R.*

Mord reiht sich an Mord, Vergewaltigung an Vergewaltigung

Der Journalist Wilfried Lübeck berichtet über die zahllosen Verbrechen sowjetischer Militärangehöriger an der deutschen Bevölkerung in den Jahren nach dem Kriegsende

Am 1. Juli 1945 zog die Rote Armee in große Teile Mitteldeutschlands ein. 1,5 Millionen sowjetische Soldaten besetzten die Zone zwischen Oder und Harz, die von 1949 bis 1990 DDR hieß. Rund 20 Millionen Menschen der UdSSR waren Opfer des von Deutschland ausgegangenen Krieges geworden. Entsprechend groß war die Furcht. Und die war durchaus begründet, wie Dokumente aus den Landesarchiven belegen. Sie zeugen von Vergewaltigungen, Morden und Diebstählen.

Freude über den Einzug der Roten Armee empfanden vor allem die deutschen Kommunisten. In Halle druckten sie 50 000 Flugblätter, in denen es unter anderem hieß: „Wir begrüßen mit der Roten Armee ihren Marschall Stalin. Was sagt Ihr denn zu den Mitteilungen, dass die Soldaten der Roten Armee deutsche Frauen und Mädchen vergewaltigen und schänden? Meistens böswillige Verleumdungen … Die Rote Armee besteht nicht nur aus Spitzbuben, wie von heimtückischen Nazilumpen behauptet wird.“

Geheuer war das den wenigsten. Selbst Sachsen-Anhalts späterer Ministerpräsident Erhard Hübener (LDPD) schrieb 1945: „Ich hatte bei einem Besuch meiner Schwester in Frankfurt/M. meine geerbte goldene Taschenuhr und einen hohen Geldbetrag dagelassen um sie vor russischer Plünderung zu sichern.“ … „Selbst kleine Mädchen werden vergewaltigt“.

Schon in der ersten Juli-Woche wurde der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck bei der Sowjetischen Militäradministration SMAD in Berlin-Karlshorst vorstellig und vermerkte am 11. Juli 1945 in seinem Tagebuch „Exzesse der Roten Armee“. Am 23. Januar 1946 notierte er „Belastungen der Parteiarbeit durch sowjetische Übergriffe“, und am 23. Dezember 1946 schrieb er: „Dramatisches Vorgehen im Herbst, oft von Truppen, die zum Abzug in die UdSSR warten.“

Am 12. Dezember 1946 schrieb auch Ministerpräsident Hübener an die Sowjetische Militäradministration in Halle und an den Chef der SMAD, Marschall Sokolowski: „Seit Beginn der letzten Truppenbewegung sind im Bereich des Verwaltungsbezirks Magdeburg zahlreiche Ausschreitungen von Angehörigen der Roten Armee vorgekommen. Besonders schlimm sind seit einigen Tagen die Verhältnisse in den Städten und Kreisen Stendal und Gardelegen. Mord reiht sich an Mord. Ältere und jüngere Frauen und selbst kleine Mädchen werden vergewaltigt. Raubüberfälle auf offener Straße und Einbrüche bei Tages- und Nachtzeit wiederholen sich immer wieder. Der Verkehr auf den Straßen der Städte ist bei Dunkelheit nur mit Gefahr möglich, wird aber auch bei Tageslicht so gut wie möglich eingeschränkt. Die deutsche Polizei gibt sich die größte Mühe, die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten, doch ist sie gegenüber den mit Maschinenpistolen bewaffneten Rotarmisten im allgemeinen ohnmächtig.“ Auf der Grundlage seriöser Forschungen kann man davon ausgehen, dass es von 1945 bis 1947 in Sachsen-Anhalt etwa 50.000 Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten gab. Grundlage sind Polizeiberichte und Parteiinformationen der SED mit teilweise erschütternden Schilderungen.

Auch Frauen und Töchter von Parteifunktionären waren betroffen, so dass ein Sekretär der Unterbezirksleitung der KPD aus Magdeburg, dessen zwei Töchter in Olvenstedt vergewaltigt wurden, am 6. Februar 1946 an den Vizepräsidenten der Provinz Sachsen, Robert Siewert, schreibt: „Ich bitte Veranlassung treffen zu wollen, damit wir als Kommunisten wenigstens gesichert sind. Tragen wir doch dasselbe Symbol, wie die Partei der Bolschewiki.“

Verordnetes Plakat aus der Nachkriegszeit: Losungen, mit denen die SED-Führung die Bevölkerung und sich selbst belog, gehörten zum Alltag von viereinhalb Jahrzehnten sozialistischer Herrlichkeit.

Jeder sowjetische Soldat konnte monatlich ein Fünf-Kilo-Paket nach Hause schicken, höhere Dienstgrade noch mehr. Ein Beispiel zeigt der Bericht des Bürgermeisters aus dem altmärkischen Bretsch an die Kreiskommandantur vom 28. November 1945: „Durch Abgabe von Schüssen aus Maschinenpistolen verschaffen sich zehn bis zwölf Soldaten den Zutritt zum Gehöft. Sie stahlen: 4 weiße Schürzen, 2 Nachthemden, 3 Wollgarnituren, 2 Taghemden, 3 Schlüpfer,

bitte auf Seite 18 weiterlesen →

Fortsetzung von Seite 17

6 Damenstrümpfe, 2 Unterröcke, 1 Bezug, 1 Paar Handschuhe, 1 Wecker, 1 Taschenlampe, 3 Wintermäntel, Kleider und Lebensmittel."

Ein Polizeibericht aus Stendal vom Oktober 1946 führt innerhalb von 14 Tagen folgende Diebstähle von Rotarmisten auf:

Zwölf Herrenanzüge, zwei Smokings, drei Damenstrickjacken, zwölf Damenschlüpfer, diverse lange Seidenstrümpfe, zwölf Damenwintermäntel, drei Fahrräder, fünf Musikinstrumente, fünf goldene Ringe, sieben Armbanduhren, fünf Unterröcke, zwölf Mal Bettwäsche, 18 Scheren, 14 Tischdecken, Tabak, Lebensmittel und 6.700 Reichsmark. Auf abgelegenen Bauernhöfen wurde sehr viel Vieh noch im Stall erschossen und Kartoffeln, Saatgut und Lebensmittelvorräte gestohlen. Oft wurden auch Molkereien und Schnapsbrennereien geplündert.

Viele Überfälle wurden im Alkoholrausch durchgeführt. Für den Winter 1945 musste das Land Sachsen-Anhalt zusätzlich 70.000 Tonnen Kartoffeln für die Rote Armee zur Alkoholherstellung liefern, so dass Erhard Hübener als Präsident der Provinzialverwaltung bei der SMA mit den Worten protestierte: „Die gegenwärtig geltenden Normen schließen unsere Hausfrauen gänzlich von dem Genuss von Fleisch und Fett aus und bieten ihnen an Kartoffeln eine Tagesration von 300 Gramm. In dieser Lage muß die Belieferung von 70 000 t Kartoffeln eine große Beunruhigung hervorrufen."

Noch am 18. November 1947 empörte sich auf der Landesvorstandssitzung der SED der Altkommunist Otto Gotsche, später SED-ZK-Mitglied und Sekretär des Staatsrates: „Ich habe festgestellt, dass im allgemeinen die öffentliche Sicherheit vor die Hunde gegangen ist … Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, möchte aber die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich ist, für den Landesvorstand, über die Berliner Zentralstellen, bis zu den höchsten russischen Dienststellen und wenn es sein muss, in Moskau vorstellig zu werden, um eine Lösung herbeizuführen."

Erst mit der zunehmenden Kasernierung der Militäreinheiten ab Sommer 1948 kam es zur Reduzierung der Übergriffe. Das zerstörte Magdeburg kostete dies (einschließlich der Kasernen und 180 Einfamilienhäuser) 2.275.625 Quadratmeter Wohnraum, sodass der durchschnittliche Wohnraum pro Einwohner in Magdeburg von 7,5 m2 im September 1945 auf 5,2 m2 im Dezember 1947 sank.

Wilfried Lübeck

Anm. d. Red. *Der vorstehende Beitrag ist in längerer Fassung bereits am 3. Juli in der Magdeburger Volksstimme erschienen. Darüber hinaus hat der Autor, der freier Zeitungsmitarbeiter und Buchautor ist, weit mehr Material zu dem hier abgehandelten Thema durchgesehen und aufgearbeitet, so dass mit einer späteren Veröffentlichung in Buchform zu rechnen ist. Erschienen ist bereits ein Doppelband über die Friedliche Revolution im Jahr 1989, der gemeinsam mit Gerhard Ruden verfasst wurde.*

Schriftsteller und Parteisoldat. Und auch sonst „linientreu"…

Zum Tod des Schlesiers Günter Görlich

Den Tod des in der DDR vielfach ausgezeichneten sozialistischen Schriftstellers Görlich, der in der linken Presse nachhaltig gelobt wurde, nimmt Fg-Literaturexperte Dr. Bilke zum Anlass für eine gänzlich andere Einschätzung dieses Autors.

Am 14. Juli 2010 verstarb in einem Hospiz in Berlin-Lichtenberg der DDR-Schriftsteller Günter Görlich (1928-2010). Die Beisetzung wird am 10. August auf dem Friedhof in der Landsberger Allee stattfinden.

Geboren am 6. Januar 1928 in der schlesischen Hauptstadt Breslau, wurde er 1944 noch als Flakhelfer eingezogen und geriet 1945 in sowjetrussische Gefangenschaft. Aus dem Kriegsgefangenenlager im nördlichen Ural, wo er im Steinkohlebergbau eingesetzt war, kehrte er 1949 nach Ostberlin zurück, wurde zunächst Bauarbeiter und 1950 „Volkspolizist". Nach seinem Pädagogikstudium 1951 war er Erzieher im Jugendwerkhof „Struveshof" bei Ludwigsfelde und 1953/58 Erzieher im Lehrkombinat in Ludwigsfelde im heutigen Landkreis Teltow-Fläming bei Berlin. Er trat 1956 dem DDR-Schriftstellerverband bei, studierte 1958/61 am Leipziger Literaturinstitut in der Tauchnitzstraße, wo er am 15.1. 1961 von der Bezirksverwaltung der „Staatssicherheit" zur konspirativen Mitarbeit angeworben wurde, um zwei als oppositionell geltende Kommilitonen auszuhorchen. Diese Tätigkeit setzte er in verstärktem Umfang fort, als er 1964 nach Ost-Berlin umgezogen war, wo er Mitglied im Bezirksverband Berlin des Schriftstellerverbands und von 1969 bis 1989 zudem dessen Vorsitzender wurde. Seit 1964 arbeitete Günter Görlich, der 1955 der SED beigetreten war und danach in Partei und Jugendverband zentrale Positionen als Kulturfunktionär einnahm, als freier Schriftsteller. Zwischen 1958 und 2003 erschienen 27 Bücher von ihm, von denen die Romane „Den Wolken ein Stück näher" (1971) und „Eine Anzeige in der Zeitung" (1978), der 1980 auch verfilmt wurde, sowie der Erinnerungsband „Keine Anzeige in der Zeitung" (1999) die bekanntesten sind. In den beiden Romanen wird der Schulalltag thematisiert, im ersten geht es um den unerwarteten Tod eines beliebten Lehrers, im zweiten um einen Lehrerselbstmord. Für seine von „Parteilichkeit" und SED-Nähe erfüllten Bücher wurde er je zweimal mit dem FDGB-Kunstpreis (1966/73) und mit dem „Nationalpreis" (1971/78), einem mit dem Ehrentitel „Held der Arbeit" (1974) und einmal mit dem „Vaterländischen Verdienstorden" (1985) ausgezeichnet.

Aufschlussreich für seine schlesische Biografie ist, dass er schon 1963 in seinem Roman „Das Liebste und das Sterben" Flucht und Vertreibung aufgearbeitet hat. Die aus Oberschlesien stammende Familie Marula wurde 1945/46 auseinander gerissen, ein Teil lebt in den Westzonen, ein Teil in der SBZ. So erlebt sie die deutsche Nachkriegsgeschichte aus verschiedener Perspektive.

Jörg Bernhard Bilke

Nach der Republikflucht eines Arzt-Kollegen: Unterschrift unter ein Schmähdokument geschickt umgangen

Eine nachdenklich stimmende Episode im Prenzlauer Kreiskrankenhaus führte für Kameraden Dr. Heinz Schneider 1973 kurzfristig zu einem „Ausflug“ ins russische Nowgorod

In der DDR gab es eine relativ große Anzahl von Ärzten, die das „Arbeiter- und Bauernparadies“ um fast jeden Preis verlassen wollten. Da es für Mediziner auf dem Wege von Ausreiseanträgen fast unmöglich war, in den Westen zu kommen, versuchten viele den Weg der Fluchthilfe. Dies gelang bei einigen, bei etlichen misslang die Flucht, sie wurden zu meist hohen Strafen verurteilt, von denen sie dann den größten Teil abbüßen mussten. Letzteres war dem abschreckenden Beispiel geschuldet, das einzelne Fälle gegenüber anderen geben sollten, um Nachahmungen vorzubeugen. Zugleich wurden diese Republikfluchtversuche in den Arbeitskollektiven ausgewertet, um die bedrohlichen Auswirkungen vorzuführen.
Über Fluchtversuche von Ärzten, auch über deren Hafterlebnisse, wurde in der Dissidenten-Literatur bislang wenig berichtet. Im vorliegenden Zeitzeugenbeitrag schildert nun VOS-Kamerad Dr. Heinz Schneider die Folgen einer misslungenen Flucht seines Chefarzt-Kollegen im damaligen Klinikum Prenzlau (heute Bundesland Brandenburg).

Eigentlich wollten weder meine Frau noch ich je in die Sowjetunion, das Land unserer Besatzer, reisen. Seit dem Kriegsende verspürten wir stets ein gewisses Unbehagen beim Anblick der sowjetischen Truppen. Warum es dennoch zu diesem „Ausflug“ nach Nordrussland kam, ist der wesentliche Inhalt des folgenden Berichts.

Am 5. Dezember 1973 wurden alle Ärzte des Kreiskrankenhauses Prenzlau in der Uckermark zu einer außerordentlichen Zusammenkunft in den Konferenzraum beordert. Wir erfuhren dort zu unserer großen Überraschung, dass der Chefarzt Dr. Hans-Joachim Gutschmidt (*10.10.1934 in Neuruppin, nach über 3-jähriger Haft in Brandenburg im Dezember 1976 „abgeschoben“ in die Bundesrepublik, seit 1989 Chefarzt der Abteilung für Internistische Intensivtherapie und Dialyse des Städtischen Krankenhauses in Kiel, seit November 1999 Rentner) die DDR mit seinen beiden ältesten Söhnen illegal hatte verlassen wollen und bei einem „Republikfluchtversuch“ festgenommen worden war. Nach einer kurzen „Information“ durch die Betriebsleitung sollten alle Ärzte des Kreises Prenzlau eine bereits vorbereitete boshafte Erklärung unterschreiben, in der das Verhalten unseres Dialysechefs „auf das Schärfste“ verurteilt wurde.

Das Klima war eisig und die Stimmungslage sehr gedrückt, denn Dr. Gutschmidt war bei allen Kollegen beliebt. Er war hilfsbereit, anspruchslos und bescheiden. Als Gründer der Dialyseabteilung und anerkannter Nierenspezialist hatte er das Team des Prenzlauer Krankenhauses seit 1969 bereichert. Jetzt sollte die Ärzteschaft seinen Versuch, die DDR zu verlassen, als schwere Verfehlung ansehen und als Kollegen eine strenge Bestrafung fordern.

Die Gründe für seine „Flucht“ in die Bundesrepublik Deutschland wurden uns bewusst verschwiegen. Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Erklärung – Die Ärzte des Kreiskrankenhauses und der Poliklinik Prenzlau sowie der angeschlossenen ambulanten Einrichtungen.

Die versuchte Republikflucht des ehemaligen Chefarztes der Dialyseabteilung Dr. Gutschmidt verurteilen wir auf das Schärfste und distanzieren uns eindeutig von seinem Verhalten. Durch seine schwere Verfehlung hat er das Vertrauen missbraucht, das den Ärzten in unserem Staat entgegengebracht wird. Mit den ärztlichen Pflichten ist es unvereinbar, dass durch diese verantwortungslose Handlungsweise Patienten unmittelbar gefährdet wurden. Wir erwarten, dass Dr. Gutschmidt zur Rechenschaft gezogen und nach den Gesetzen der DDR einer Strafe zugeführt wird.“

Bis auf die Chefärztin der Pädiatrischen Abteilung, Frau MR Dr. Irene Kersten, die eine mildere Version bevorzugte und einer *„Verurteilung auf das Schärfste“* nicht zustimmte, hatten mit Ausnahme von…

weiter Seite 20 →

„Zuchthaus Brandenburg“ – der Roman von Fg-Redakteur Alexander Richter berichtet sehr eindringlich über das Dasein politischer Häftlinge im „Gläsernen Sarg“, auch über die Situation von Ärzten, die bei der Flucht gefasst wurden. (570 Seiten, 17,90 Euro). Gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg.

mir alle anwesenden Kollegen diese Schmähschrift bereits unverändert signiert.

Die Beschuldigung einer unmittelbaren Gefährdung der Patienten war völlig haltlos und aus der Luft gegriffen, denn Dr. Gutschmidt hatte einen langen Jahresurlaub beantragt, den die Betriebsleitung bereits genehmigt hatte. Für seine Vertretung in den nächsten 4 Wochen war somit gesorgt. Damit war eigentlich allen klar, dass die ärztliche Besetzung der Dialyseabteilung in der nächsten Zeit voll garantiert war und seine „Flucht" nicht gegen die *ärztliche Ethik* verstieß.

Einen Mitarbeiter zu verleumden, war meine Sache nicht. Dennoch habe ich zu der völlig haltlosen Beschuldigung geschwiegen, weil ein öffentliches Aufbegehren für Dr. Gutschmidt, der sich bereits seit Tagen in den Fängen der Staatssicherheit befand, selbst sowieso nichts bewirkt hätte. Noch heute schäme ich mich dafür, denn ich hätte als einer der Chefärzte im Kreise der Kollegenschaft etwas dazu sagen können und müssen, selbst dann, wenn bei meinem Eintreten für Dr. Gutschmidt unter Umständen erhebliche persönliche Nachteile zu befürchten waren. Doch der Zwang des streng reglementierten DDR-Systems erwies sich stärker als jede Vernunft.

Nur wenige Tage zuvor hatten mein Oberarzt Dr. Horst Burrmann und ich bei einem Gläschen „Rotkäppchen-Sekt" in seinem Wohnzimmer Probleme der gemeinsamen Behandlung schwerster kritischer Zustände bei zuckerkranken Patienten diskutiert und eine neuartige Zusatztherapie des Coma diabeticum erwogen. Bei dem Abschied von Dr. Gutschmidt ahnten wir nicht, dass es eine Trennung für eineinhalb Jahrzehnte sein würde.

Jedenfalls war ich trotz meines Schweigens nicht bereit, diese schandhafte Erklärung zu signieren. Meine fehlende Unterschrift wurde durch häufige Telefonate und den Besuch meines Chefs in den frühen Nachtstunden in meiner Wohnung dringend verlangt. Auch am Folgetag habe ich trotz zunehmender Bedrängnis diese Liste nicht unterzeichnet.

Heute würde man das Verhalten der Betriebsleitung neudeutsch sicher als „Mobbing" bezeichnen. Jedenfalls fühlte ich mich sichtlich genervt. Ein Ende dieser sicher noch „milden" Form des Psychoterrors war nicht abzusehen, eine Verschlimmerung war hingegen in den nächsten Tagen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu befürchten.

Da bot sich für mich ganz unvorhergesehen ein Ausweg – die kurzfristige „Flucht" nach Nowgorod.

In der Tageszeitung „Freie Erde", dem SED-Presseorgan des Bezirkes Neubrandenburg, wurde zufällig als Sonderangebot eine Reise nach Nowgorod, dem alten „Naugard", in der Sowjetunion angeboten. Ich hatte großes Glück und erhielt sowohl die gewünschte Reise als auch den beantragten Urlaub und konnte auch meine Frau mitnehmen.

Als wir aus der schönen nordrussischen Stadt nach einer Woche zurückkamen, war die Liste mit meinem links vorgedruckten Namen bereits an die „Rechtsorgane" nach Neubrandenburg abgeschickt worden. Rechts stand neben meinem Namen an der Stelle, an der ich unterschreiben sollte: „Urlaub".

Mein aus der Sicht der damaligen Betriebsleitung sicher „störrisches" Verhalten hatte mein Chef nicht weitergemeldet, denn in meiner Stasi-Akte fand ich darüber kein Wort. Offensichtlich hatte mich der Ärztliche Direktor des Kreiskrankenhauses Prenzlau, OMR Dr. Döring, der den Zweck meiner Russlandreise sicher längst durchschaut, nicht behindert und damit indirekt toleriert hatte, wieder einmal geschützt.

In Nowgorod verbrachten meine Frau und ich dann einen sehr schönen Urlaub. Wir besichtigten den dortigen Kreml, zahlreiche Kirchen und den Fluss „Wolchow", außerdem die Stadt Pskow und Izborsk in der Nähe der estnischen Grenze. Da wir nicht in die Bundesrepublik und ins westliche Ausland reisen durften, haben wir bald die anfängliche Skepsis überwunden und betrachteten die Reise in den Norden Russlands als Einstieg für weitere Reisen in die Sowjetunion.

Später haben wir noch öfter Reiseziele im „Lande Lenins" gebucht, darunter neben Moskau und Leningrad auch Jalta, Sotschi, Dombai und Pjatigorsk im Kaukasus, ferner die transkaukasischen Hauptstädte Tiflis, Jerewan und Baku. Auch die uralte Stadt Wladimir und sogar Suzdal haben wir gesehen. Wir waren stets sehr gut untergebracht und der Reisepreis war niedrig und erschwinglich.

In Leningrad besichtigten wir im Winterpalast die Eremitage, in Moskau den Kreml und das Bolschoi-Theater. Selbstverständlich haben wir auch das Lenin-Mausoleum angesehen, kamen aber bis auf die Dolmetscherin mit der russischen Bevölkerung eigentlich kaum in Berührung.

Das war von der Sowjetobrigkeit so gewollt, wir haben es stets als ein großes Manko betrachtet. Viele Jahre hatten wir in der Schule und während des Studiums Russisch gelernt, nur anwenden konnten wir diese schöne, melodisch klingende Sprache fast nie. Denn auch in der DDR hatten wir zu den Besatzungstruppen, die „Freunde" genannt wurden, auf privater Basis keine echten Beziehungen. Allerdings erinnere ich mich gerne an Sinaida, eine ukrainische Patientin aus der Gegend von Tschernobyl und den kleinen, siebenjährigen Aljoscha, der in Fürstenberg eine sowjetische Schule besuchte. Beide waren sehr nett und wurden von meinen Krankenschwestern so richtig verwöhnt. Sinaida verstarb leider nach 5 Jahren, 33-jährig, kurz nach ihrer Heimkehr in die Ukraine – an Krebs. Zu ihrem Ehemann, einem Oberstleutnant der Roten Armee, der wahrscheinlich einige Zeit in Afghanistan zugebracht hatte, unterhielten wir noch lange Zeit nach der Wende einen ausführlichen brieflichen Kontakt.

Dr. H. Schneider

Die Verkündung linker Sozialpolitik

Nun haben die SED-Gelehrten mit neuem Namen und die übrigen Ruinenromantiker ihr Münchhausen-Projekt selbstgerecht verkündet. Sie sagen uns, was in der Politik richtig sei. Experten demonstrieren die Hochblüte dieser „Autorität" – was für ein unwürdiges Schauspiel. Und was für ein seltsames Gefühl für uns, denn die Narben auf der Seele bleiben zeit unseres Lebens.

Andreas Kaiser, Künstler

Den Boden der politischen Kultur eindeutig verlassen

Ein Linken-Politiker zieht bei der Wahl des Bundespräsidenten den ungeheuerlichen Vergleich der Kandidaten mit Stalin und Hitler

Es war am 30. Juni, an jenem Tag, als der neue Bundespräsident gewählt werden sollte. Nachdem die Kandidatin der Partei Die Linke, Frau Jochimsen, aus dem Abstimmungsverfahren ausgeschieden war, stand die Frage, ob die Vertreter der Linken nun den Kandidaten der SPD und der Grünen, Joachim Gauck ihre Stimmen geben würden, um so der CDU, insbesondere der Bundeskanzlerin eine deftige Niederlage zufügen und damit die Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten zu verhindern oder ob sie es vorziehen, Frau Merkel den Sieg zu lassen und sich selbst vor der Öffentlichkeit der deutschen Wählerinnen und Wähler und vor den internationalen Medien als unbelehrbar und uneinsichtig zu präsentieren.

Natürlich wissen wir inzwischen, wie die Wahl ausging, wer Bundespräsident wurde und wie sich die Vertreter der Linken entschieden. Was viele Bürger an den Fernsehbildschirmen jedoch nicht mitbekommen oder nicht beachtet haben, ist die Ungeheuerlichkeit, mit der sich ein Vertreter der Linken gegenüber einem ZDF-Reporter während eines Kurz-Interviews äußerte. Es war dies der Bundestagsabgeordnete der Linken Dieter Dehm, der auf die Frage, wie sich die Stimmberechtigten der Linken verhalten würden, nachdem deren Kandidatin Lucretia Jochimsen aus dem ersten Wahlgang ausgeschieden war.

Die Antwort war von der Aussage her nicht überraschend. Die Linke würde niemals Joachim Gauck zu irgendeinem Posten verhelfen. Das war in mehreren Sitzungen so definiert worden, und es war auch – aus Sicht der Linken – logisch, denn kaum jemand hasst diese Partei, ihr Umfeld, ihre Ziele, ihre Vergangenheit, eigentlich ihre Existenz so sehr wie Joachim Gauck. Dass es umgekehrt genauso ist, lässt sich nicht ohne Weiteres behaupten, denn da sind ja auch Hubertus Knabe, Wolf Biermann und diverse ehemalige Regimekritiker, die der Linken unaufhörlich und unerbittlich einheizen und deren Feindbild-Gehalt dem eines Joachim Gauck sicher nicht nachstehen dürfte.

Wie schon gesagt, dem Aussage-Trend nach war die Antwort, die Herr Dehm vor geöffnetem Mikrofon und live sendender Kamera gab, wenig überraschend. Der Formulierung nach jedoch alle mal. Es war ein Ausspruch, der so manchen Mitbürger in diesem Land aufgehorcht haben lassen dürfte:

„Was würden Sie denn machen, ***wenn Sie die Wahl hätten zwischen Hitler oder Stalin****? Was würden Sie denn machen, wenn Sie die Wahl zwischen Pest und Cholera haben? Das sind groteske und hypothetische Fragen! Warum soll ich mich zwischen etwas entscheiden, was beides Krieg und sehr viel Leid für Hartz-IV-Empfänger und sehr viel Leid übrigens auch für Gewerkschafter in diesem Land bedeutet?“*

Man kann den Text unter Wikipedia nachlesen oder das Interview als solches unter verschiedenen Internet-Adressen ansehen, anhören.

Die Frage stellt sich: Möchte man das?

Denn die Benutzung des Vokabulars ist derart befremdend, sie zielt auch nicht mal nur einfach so unter die viel zitierte Gürtellinie oder ist halt schlicht geschmacklos. Nein, sie ist fern jeder Umgangsform und entbehrt auch jedweder Zumutbarkeit. Eine derartige Bemerkung ist an Niedertracht im Grunde nicht mehr zu überbieten. Gibt es doch in der nahen und der fernen Geschichte keine größeren Verbrecher als Hitler und Stalin, wobei – und dies ist die einzige logische Erkenntnis innerhalb der Äußerung – im Superlativ der Verbrechen zwischen beiden kein Unterschied gemacht werden muss.

Die Bemerkung zieht ohne Umschweife und ohne Abstriche doch nur die eine eindeutige Konsequenz nach sich, dass sich derjenige, der sie von sich gegeben hat, aus dem politischen Leben zurückziehen muss. Und mit ihm alle die, die sich nicht in klarer Position davon abgrenzen. Sie ist schlichtweg ein solcher Affront, dass sie – hätte sie ein Vertreter der demokratischen Parteien getan – strafrechtlich zu verfolgen gewesen wäre. Man mag sich an Herrn Wulff oder Herrn Gauck auf die eine oder andere Weise stoßen oder über sie ärgern, aber dass man sie in einem Atemzug mit den zwei kapitalsten Verbrechern der Geschichte nennt, das ist Unkultur und Primitivität.

Man stelle sich andererseits vor, ein Politiker der Linken wäre derart mit Dreck beworfen worden, welch einen Sturm hätte man in der linken Presse, nicht nur dort entfacht. Erinnern wir uns nur an die verunglückte Rede eines Philip Jenninger am 10. November 1988, als dieser offenbar selbst erst zu spät begriff, welch ein Manuskript er vor sich zu liegen hatte. Ohne Diskussion trat er von seinen politischen Ämtern zurück.

Oder denken wir an den Brandenburgischen Politiker Jörg Schönbohm, der versuchte Wahrheiten auszusprechen und dafür zum Rechtspopulisten abgestempelt wurde.

In der Tat wird wieder einmal klar, dass sich Politiker aus den Reihen der Linken vieles mehr als andere erlauben können. Warum? Sind sie unverfrorener, gerechter, aufrichtiger? Haben sie einfach das Recht, ihre politischen Gegner anzuspucken und in den Dreck zu ziehen, indem sie behaupten, sie träten für soziale Gerechtigkeit ein, wo sie doch in Wirklichkeit nur die eigenen Machtpositionen festigen und die demokratischen Verhältnisse im Land abschaffen wollen.

Immer noch ist die Linke als Erbe und Nachfolger der SED anzusehen. Dass sie sich nicht auf Joachim Gauck einlassen wollte, spricht für die Leugnung ihrer Untaten, für fehlende Einsichten und anhaltende Selbstrechtfertigung. Und Herr Dehm hat ja auch das Stichwort genannt: Stalin ist keineswegs vergessen oder nicht mehr existent. Er wird von der Linken zunächst als der Diktator angesehen, der selbst Kommunisten den Garaus machen ließ. Wäre nicht dieser Makel eines ausgemachten Unmenschen, wer weiß, man hätte durchaus Rechtfertigungen für seine sonstigen Mordstrategien. *Hugo Diederich*

Treffen mit BStU-Direktor Hans Altendorf

Berliner Opferverbände stellen Fragen

von Ernst-Otto Schönemann (UOKG) und Ronald Lässig (VOS)

Ronald Lässig, stellvertreternder Bundesvorsitzender der VOS

Am 1. Juli stellte sich der Direktor bei der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, Hans Altendorf, den Fragen von SED-Opfern. Eingeladen hatte der Landesverband der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) im Namen der sechs Berliner Opfervereine und Aufarbeitungsinitiativen.

Hintergrund war der allseitige Wunsch, nicht übereinander, sondern miteinander zu reden. Ausgangspunkt waren in der Presse geschilderte Vorwürfe, Altendorf sei Funktionär in kommunistischen Tarnorganisationen gewesen. Diese Darstellung entspreche nicht den Tatsachen, betonte der Direktor. Er sei in seiner Studentenzeit Anfang der 1970er Jahre im Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) der Universität und im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gewesen. Als Sozialdemokrat seien ihm die Strukturen kommunistischer Organisationen zuwider. Zu keiner Zeit sei er Träger irgendwelcher Strukturen gewesen, die dem Weltfriedensrat unterstanden.

Auf die Frage nach seiner Entwicklung erklärte Altendorf, dass er in einer norddeutschen Kleinstadt aufgewachsen sei, die ihn geprägt habe. Als Student kam er nach Hamburg. Im Rahmen der Studentenbewegung habe er an Demonstrationen teilgenommen. Es gab damals eine Weichzeichnung des DDR-Systems, aber keine Identifikation damit, so Altendorf. Schrittweise habe er sich mit dem Systembild auseinandergesetzt, wozu auch seine familiäre Anbindung nach Magdeburg beigetragen habe. Nach wie vor halte er die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt gegenüber dem Ostblock für richtig. „Was man mir vorwerfen kann, sind Meinungsäußerungen im politischen Raum“, sagte Altendorf. Im Zusammenhang mit der politischen Wende in der DDR habe er in der SPD für die Aufarbeitung der Stasi-Akten geworben. Auf die Ausschreibung der Stelle des Direktors bei der BStU sei er 2001 durch ein Inserat in der Zeitung „Die Zeit“ aufmerksam geworden. Ihn habe die Aufgabe gereizt, finanziell sei es keine Verbesserung zu seiner Leitungstätigkeit in der Hamburger Verwaltung gewesen.

Überdies habe er weiterhin ein Rückkehrrecht dorthin gehabt. Unterschätzt habe er die Dynamik im Umfeld der BStU. Da er keine Kontakte in die Opferverbände hatte, sei er durch seine Arbeit in der Behörde erstmals richtig mit dem DDR-Unrecht in Kontakt gekommen.

Angesprochen auf Presseberichte, wonach in BStU-Außenstellen im Frühjahr dieses Jahres Stasi-Akten vernichtet worden seien, erklärte Altendorf, dass diese Meldungen nicht zutreffen. Die Kassation erfolge gemäß StUG (Stasi-Unterlagen-Behörde) auf der Grundlage von mit dem Beirat der BStU abgestimmten Richtlinien. Auch die kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hätten nach Prüfung erklärt, dass der Vorwurf der unzulässigen Aktenvernichtung jeder sachlichen Grundlage entbehre.

Durch Beobachtung der Linkspartei extremistischen Tendenzen entgegenwirken

VOS positioniert sich in einer Pressemitteilung vom 21.07.2010 zum Richterspruch, demzufolge Bodo Ramelow aus der Linken durch den Verfassungsschutz beobachtet werden darf

Lange Gesichter und Geschrei bei der Führungsspitze der Linken. Dabei hatte man im Grunde kein anderes Urteil als das nun ausgesprochene erwarten dürfen. Oder verwundert es, dass ein Staat zumindest minimale Vorsorge treffen muss, wenn ihn erklärtermaßen die Mitglieder einer Partei stürzen wollen?

(VOS/BV) Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes für die Beobachtung des Linken-Politikers Ramelow durch den Verfassungsschutz fordert die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die SED-Nachfolgepartei auch als Ganzes ins Visier zu nehmen. Die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum der Linkspartei seien extremistische Gruppierungen. Sie wollten erklärtermaßen die Diktatur des Proletariats errichten, erinnert die VOS. Vor solcher Zielsetzung müsse sich der demokratische Rechtsstaat nachhaltig schützen. Das Sozialismus-Experiment sei erst vor zwanzig Jahren von Wladiwostok bis zur Elbe wie ein Kartenhaus zusammengeklappt, so der mitgliederstärkste SED-Opferverband. Die dramatischen Folgen seien bekannt.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, erklärt: „Die Linke ist ein Sammelbecken für SED-Täter unterschiedlichster Couleur. So dürfen Stasi-Kader in dieser Partei ungehindert im Schlafwagen in Schlüsselpositionen rollen. Herr Ramelow selbst beschäftigte noch unlängst eine Stasi-Agentin als Büroleiterin. Die meisten Linkspartei-Mitglieder waren schon in der SED aktiv und haben dadurch die Diktatur gestützt. Wir warnen deshalb vor Verharmlosung.“

Nach der Klage des Linken-Abgeordneten Ramelow haben die Bundesverwaltungsrichter in Leipzig erstmals grundsätzlich entschieden, dass über einen Spitzenfunktionär und Abgeordneten der Linken, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, Dossiers aus öffentlich zugänglichen Informationen angelegt werden dürfen. Der Verfassungsschutz hatte mehr als zehn Jahre lang Informationen über Ramelow gesammelt, der seit vergangenem Jahr die Linke-Fraktion im Thüringer Landtag anführt.

Das ist mehr als ein „kleiner Unterschied“

Über Bespitzelungen und Existenzvernichtungen á la DDR und Beobachtungen durch den BND

Der Kommentar

Als am 21. Juli das Leipziger Oberverwaltungsgericht per Urteil die Zulässigkeit der Beobachtung des Linken-Politiker Bodo Ramelow feststellte, ging ein Aufschrei durch die Reihen der SED-Nachfolgepartei, und auch die Medien in unserem Land reagierten teils bestürzt. Von Bespitzelung, von Einschränkung der persönlichen Freiheiten war die Rede. Und ohne es direkt auszusprechen, wurden die Folgen des Urteils mit den Machenschaften des MfS, einstmals Exekutionsorgan der SED, gleichgestellt.

Welch ein demagogischer Trick.

Zunächst muss man sich vergegenwärtigen, worin die Beobachtung des Herrn Ramelow und seiner Partei besteht: Es werden öffentliche Äußerungen, die rein theoretisch jedem anderen Bürger im Land auch zugänglich sind, gesichtet und gesammelt. Dies einen Eingriff in die Privatsphäre zu nennen, hat alle mal mit Übertreibung zu tun; vor allem wenn man den direkten Vergleich mit den Methoden des MfS zieht, deren einstige Mitarbeiter sich heute immer noch im ideologischen und sonstigen Dunstkreis der Linken bewegen.

Denn: Es finden keine „konspirativen“ Haussuchungen statt, es befindet sich kein Mikrofon im Schlafzimmer des Betreffenden, es werden keine Briefe – insbesondere mit rein privatem Inhalt – abgefangen und akribisch gelesen und protokolliert, und es werden keine Arbeitskollegen als Spitzel auf den oder die Abgeordneten der Linken angesetzt. Ebenso wenig wird aus Zelten auf Nachbargrundstücken oder aus Fenstern der Nachbarwohnungen fotografiert und beobachtet. Nein, niemand wird Tag für Tag mehr oder weniger gedeckt verfolgt und beschattet, mit dem Ziel, ihn zu verunsichern. Auch nicht wird nachts am Auto des besagten Menschen herumgebastelt, auf dass dieses fahruntüchtig und unfallträchtig werde, und es wird nicht im Auftrag des Geheimdienstes eine Frau mit geheuchelten Heiratsabsichten ins Bett des Abgeordneten geschickt, um diesen auf infame und intime Weise auszuhorchen, ihn zu „provokatorischen Äußerungen“ zu bewegen und ihn hinterrücks ans Messer zu liefern.

All dies und manches mehr ist mir (!) innerhalb von sechs Jahren Verfolgungszeit durch das MfS, unter der Herrschaft jener SED, geschehen und lässt sich aktenmäßig belegen. Und daher finde ich es völlig daneben, dass sich die Linken, die diese exemplarischen Menschenrechtsverstöße endlich aufarbeiten sollten, in der Öffentlichkeit aufstellen und sich aufspielen, als würde ihnen nunmehr all dies widerfahren, was mir und anderen – denn keineswegs bin ich ein Einzelfall – widerfahren ist.

A. Richter

Bundespräsident sollte auch Stimme der DDR-Opfer sein

SED-Opferverband gratuliert Wulff zur Wahl

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat Christian Wulff zur Wahl in das Amt des Bundespräsidenten gratuliert. Der mitgliederstärkste SED-Opferverband erwartet, dass Wulff auch in seinem neuen Amt Stimme der DDR-Opfer sein wird, heißt es in einem Glückwunschschreiben. Gleichzeitig dankte die VOS Joachim Gauck für seine Kandidatur. Zwei ehrenvolle Persönlichkeiten standen zur Wahl, betonte der Opferverband.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS erklärt:

„Wir setzen auf die Integrationskraft des neuen Staatsoberhauptes. Die Würdigung des Einsatzes für Freiheit und Selbstbestimmung ist für die Opfer der SED-Diktatur ebenso wichtig wie die mahnende Stimme aus dem Schloss Bellevue in Richtung der politischen Entscheidungsträger.

Denn viele Forderungen der Opfer sind leider auch im 20. Jahr der deutschen Einheit noch nicht erfüllt.“

Die VOS erinnert daran, dass vor allem bei der Besonderen Zuwendung (Opferrente) Nachbesserungen erforderlich sind. Die Sechs-Monatsfrist müsse fallen, die Bedürftigkeitsprüfung ebenso. Auch die berufliche Rehabilitierung ehemaliger politischer Häftlinge müsse zu deren Gunsten geändert werden, insbesondere eine Beweislastumkehr sei erforderlich.

Wir trauern um

Hildeburg Förster	**Bezirksgruppe Reichenbach**
Ernst-Helmut Ebert	**Bezirksgruppe Hochrhein**
Heinz Brauer	**Bezirksgruppe Halle**
Karl Gille	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Hans-Dieter Mantau	**Bezirksgruppe Suhl**
Hans Corbat	**Bezirksgruppe Hannover**
Walter Gorgas	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Siegfried Stuhrberg	**Bezirksgruppe Bremen**
Arnold Abt	**Bezirksgruppe Cottbus**
Johannes Winter	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Gerhard Wienholz	**Bezirksgruppe Kiel**

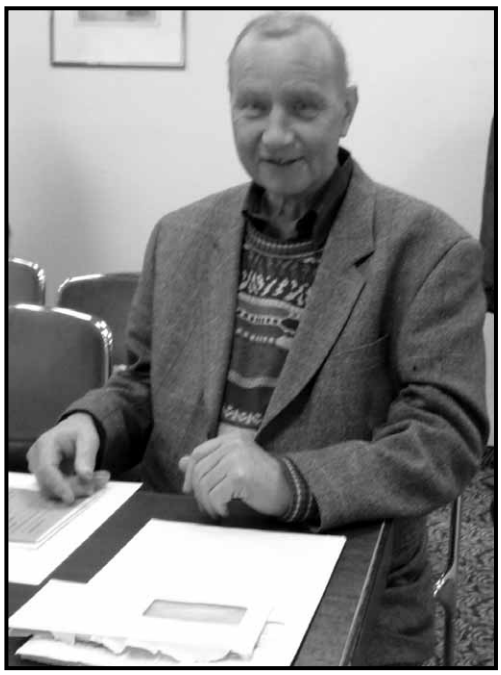
Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Mit Aufopferungsbereitschaft und Zuverlässigkeit für die VOS gewirkt

Ein Nachruf zum viel zu frühen Tod unseres Kameraden Ernst Helmut Ebert

Mit großer Bestürzung haben die Kameradinnen und Kameraden der VOS die Nachricht vom Tode des Vorsitzenden der VOS-Bezirksgruppe Hochrhein Ernst-Helmut Ebert vernommen. Kamerad Ebert war im Januar 2010 gerade 63 Jahre alt geworden, er starb am 1. Juli.

Obwohl von seiner Krankheit schon stark gezeichnet, nahm Ernst Helmut im April noch einmal die Mühen auf sich, um von der deutsch-schweizerischen Grenze, wo er in Waldshut-Tiengen seit der Ausreise aus der DDR eine neue Heimat gefunden hatte, nach Berlin zur Generalversammlung der VOS zu reisen. Die weite Strecke, die er mit dem Zug zurückzulegen hatte, fiel ihm durchaus nicht leicht, doch die Teilnahme an der Versammlung, auch das Wiedersehen mit den Kameraden, waren für ihn ein Bedürfnis, so wie ihm die VOS seit langem auch eine Heimat gewesen war.



Kamerad Ebert stammte aus Thüringen, er und seine Ehefrau waren in der DDR vom 10. 11. 1978 bis 4. 12. 1979 und vom 4. 1. 1980 bis 4.11. 1981 jeweils wegen „Staatsfeindlicher Hetze“ inhaftiert worden. Seine beiden Töchter wurden zunächst in ein Heim nach Bad Schmiedeberg geschickt, bevor sie nach drei Monaten zu den Großeltern und später den Eltern nach deren Freikauf in die Bundesrepublik folgen durften.

Ernst Helmut Ebert wurde nach seiner Ausreise aus der DDR sofort politisch aktiv. So protestierten er, seine Ehefrau, ein ehemaliger Haftkamerad und dessen Ehefrau sowie eines seiner Kinder 1985 in Bonn vor der Ständigen Vertretung der DDR gegen das politische System der DDR und für die Freilassung der politischen Häftlinge, indem sie sich dort anketteten.

In der späteren Zeit gehörte Kamerad Ernst Helmut zeitweise auch dem erweiterten Bundesvorstand der VOS an. Wir alle verlieren wiederum einen viel zu früh verstorbenen Kameraden, der mit seiner Aufopferungsbereitschaft und seiner Zuverlässigkeit zugleich ein lebensbejahender Sympathieträger gewesen ist. Dass er so kurze Zeit vor seinem Tod nochmals die Strapazen auf sich genommen hat, um bei den Delegierten der anderen Bezirksgruppen zu sein, war zum einen ihm ein Bedürfnis, zum anderen bot es uns die Gelegenheit, in Würde und Dankbarkeit, aber ohne Aufsehen von ihm Abschied zu nehmen. *A. R.*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax : 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Gestaltung: Alexander Richter
V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

1. Aufnahmegebühr	2,60 €
2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke	
- alte Bundesländer	45,00 €
- neue Bundesländer	40,00 €
3. Jahresbeitrag für Ehepartner	15,00 €
4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke	24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter
www.vos-ev.de
VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (695) erscheint im September 2010
Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 693/4 25. Juli 2010